

(aus: DER SPIEGEL 11/2004 - 08. März 2004)

Die Wohlstands-Illusion

Wie von Roboterhand gesteuert, verlässt das Wirtschaftswunderland die Spitzengruppe der Volkswirtschaften. Die Zahl der Arbeitsplätze schrumpft, der Wohlstand verflüchtigt sich. Das "Modell Deutschland" hat aufgehört zu funktionieren. Von Gabor Steingart

Ein Leibwächter gehört für deutsche Gesundheitsminister seit je zur Grundausstattung. Nach dem Attentat auf die schwedische Außenministerin kam ein zweiter hinzu.

Der dritte Bodyguard für Ulla Schmidt war bereits die Reaktion des Bundeskriminalamts auf wüste Beschimpfungen und erste Morddrohungen im Gefolge der Gesundheitsreform. Als "Sozialhure", "Volksräuberin", "singende Säge" und "Ekel" wurde die Ministerin in Schreiben und E-Mails tituliert. Es wimmelte von Andeutungen und handfesten Drohungen. "Hoffentlich finden sich ein paar Terroristen und schmeißen ein paar Bomben auf Ihr Ministerium", schrieb ein Anonymer. Ein anderer kündigte "Rentnerterror" an. "Am besten", so ein handschriftliches Pamphlet vom 20. Januar, "Sie machen Selbstmord wie Adolf Hitler."

Das Klima bei ihren Auftritten veränderte sich, die Verärgerung wich dem Zorn, der sich mancherorts zum Hass steigerte. Auf Versammlungen kam es mehrfach zu handfesten Rempelen. Erst am 20. Februar wurde der Dienstwagen der Ministerin von Demonstranten angegriffen. Im Keller des Ministeriums stapelt sich mittlerweile die Bürgerpost in Kartons und blauen Müllsäcken. Seit Anfang des Jahres steht der Ministerin ein vierter Dauerbewacher zur Seite. Seit neuestem wird Schmidt auf Anweisungen des Bundeskriminalamts auch auf SPD-Versammlungen geschützt.

Die unschönen Erfahrungen teilt die Ministerin mit ihrem Kanzler. Die Schmähungen haben zugenommen, berichten erschrocken seine Berater. Böse Briefe, früher die Ausnahme, sind zur Regel geworden, seit Schröder sein Reformprogramm Agenda 2010 startete.

Beim Karneval in Köln zeigte man den Regierungschef als überdimensionalen Exhibitionisten, der die alte Tante SPD erschreckt. In der vergangenen Woche führte ein Zug protestierender Gewerkschafter ("Kante gegen Schröders Politik") nah am Reihenendhaus der Schröders in Hannover vorbei, was die

Kanzlergattin sehr empörte: "Ich frage mich, was als Nächstes kommt." Auch der Hausherr selbst ist genervt: "Ich tu mir das nicht länger an", entfuhr es ihm kürzlich vor Parteifreunden.

Die Aggressivität gegen die herrschende Politik kommt erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht von den Extremen rechts oder links. Sie entspringt der Mitte der Gesellschaft. Es ist der Aufstand der Otto-Normal-Bürger, der die Verhältnisse zum Tanzen bringt: Dauertief für die SPD, Wahlschuppen in Serie, der Kanzler musste seine Macht halbieren - um sie zu erhalten.

Das Meinungsforschungsinstitut Allensbach misst seit längerem schon Erregungszustände in einer Wucht, "die in der Geschichte der Bundesrepublik ihresgleichen sucht", sagt Institutschefin Renate Köcher. Die politische Elite werde zum "Zeugen einer Machtdemonstration", die nicht von einer Partei oder von einzelnen Politikern ausgehe, "sondern von der Bevölkerung und der herrschenden öffentlichen Meinung". In den nächsten Monaten werde sich zeigen, ob "Regieren gegen den Willen der Mehrheit möglich ist, ob politisch überleben kann, wer zu Reformen des Sozialstaates ansetzt".

Die Oppositionsführerin könnte triumphieren, aber sie tut es nicht. Angela Merkel betrachtet das Treiben im deutschen Reformwinter zumindest mit gemischten Gefühlen. Vor den Kameras nennt sie die Fehler der Rot-Grünen mit kämpferisch nach vorn gerecktem Kinn "einen erneuten Beweis: Die können es nicht". Ist das Kameralicht erloschen, kehrt Nachdenklichkeit in die Gesichtszüge ein.

Sie sieht ja, dass Schröder und der designierte SPD-Chef Franz Müntefering wie die Löwen kämpfen für Reformen, die auch ihre sein könnten. Ob das überhaupt für einen allein zu schaffen sei, sagte sie kürzlich - und ließ den Satz unvollendet. Ihr Blick war in die Ferne gerichtet, sie schaute auf den Gendarmenmarkt. Und weit darüber hinaus.

Sie weiß aus ihren eigenen Veranstaltungen, mit welcher Wucht die Lobbygruppierungen auf den Wohlstandsversprechungen von gestern bestehen. "Das größte Missverständnis zwischen Politik und Bevölkerung besteht darin", schrieb sie jüngst in ihrem Buch "Mein Weg", "dass die Politik die Sicherung des Lebensstandards nicht versprechen kann, wenn er nicht erarbeitet wird."

Die deutsche Reformdebatte hat die Zirkel der Eliten verlassen. Die Deutschen spüren nahezu täglich, dass es nicht gut bestellt ist um ihr Modell Deutschland, dem bisher ihr ganzer Stolz galt. Ausgerechnet diese international gelobte Art, diszipliniert zu leben, tüchtig zu arbeiten, berechenbar Politik zu machen, ist dabei, wieder im Nebel der Geschichte zu verschwinden. Das muss irritieren und tut es auch. Zumal unklar ist, was danach kommt.

Das Land ist von einer seltsamen Mutlosigkeit befallen, die Mehrzahl der Deutschen vermag sich die Zukunft derzeit nur als eine Addition von Zumutungen vorzustellen. An das einstige Lieblingswort der politischen Parteien, die keinen Parteitag abhielten, kein Thesenpapier verfassten, keine Regierungserklärung verlasen, ohne das Zauberwort "Zukunft" ganz nach oben zu setzen, reiht sich heute wie von selbst das Wort "Angst".

Angst vor Arbeitslosigkeit, Angst vor Altersarmut, Angst vor dem gesellschaftlichen Absturz, Angst auch davor, das Unvermögen zur Lösung der Probleme könne die Demokratie vor eine neue Belastungsprobe stellen.

Die Hoffnung auf Wohlstandsmehrung, die sich mit dem Amtsantritt Schröders verband, hat sich bis heute nicht erfüllt. Die Reallöhne sind rückläufig. Sein Wahlversprechen, die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen zu senken, galt damals als wenig ehrgeizig und ist auf Grund der enormen Kräfte, die das Land nach unten ziehen, nun unerreichbar geworden. In diesem Winter sind es mehr als 4,5 Millionen Menschen, die ohne Job dastehen, und ein ohnehin überforderter Sozialstaat wird auch sie alimentieren müssen.

Dabei kann er schon heute seine laufenden Verpflichtungen nur dank immer neuer Kredite erfüllen; der Schuldenstand hat sich bisher mit jeder neuen Regierung, entgegen ihren Versprechungen, deutlich erhöht. Auch der Reformler Schröder steht bisher mit leeren Händen da: Deutschland hat mehr Schulden, mehr Sozialhilfeempfänger und wahrscheinlich auch bald mehr Arbeitslose als jemals zuvor in der Nachkriegsgeschichte. Pro Kopf ist der Wohlstand noch immer hoch, aber seit einigen Jahren schrumpft er spürbar, Monat für Monat ein bisschen.

Die Basis für den Wohlstand von morgen ist mittlerweile derart erodiert, dass unklar ist, welche Art von Zukunft da heranreift. Eine, die das Prädikat "rosig" verdient, sieht anders aus.

Die Probleme werden sich in den kommenden Jahren für alle sichtbar im Alltag auch der Mittelschichten einschleichen. Deutschland ist dabei, mehr Armut und weniger Wohlstand zu produzieren, was sich früher oder später im Straßenbild nicht mehr verheimlichen lässt.

Der Abstieg einer Nation ist nichts anderes als die Summe von Millionen Einzelabstiegen. Es beginnt in den ehemaligen Arbeiterquartieren und den Vorstädten, wo der Putz der Häuserfassaden schon heute blättert und die Balkone auch tagsüber bevölkert sind. Es dauert eine Weile, aber dann hat die Krise das Bürgertum erreicht, das seine Zukunftserwartungen enttäuscht sieht und die Gegenwart als einen schleichenden, zähen, alle Laune verderbenden Niedergang erlebt.

Irgendwann, das kann in der Demokratie nicht anders sein, ist dieser Zersetzungsprozess auch im Parlament angekommen, verändert erst den Stil der Debatte, dann die Mehrheitsverhältnisse. Demokratie und Marktwirtschaft sind wie siamesische Zwillinge, in guten wie in schlechten Tagen bleiben sie einander eng verbunden. Gerät der eine ins Taumeln, stolpert der andere hinterher.

Schon heute ist Deutschland das, was der Historiker Paul Kennedy nicht ohne warnenden Unterton eine "unglückliche Nation" nennt. Der israelische Botschafter in Berlin, Shimon Stein, empfindet die Deutschen als "orientierungslos", was ihn mit einiger Sorge erfüllt.

Im Ausland erfasst man mit großer Klarheit, was viele im Inland noch wie hinter Milchglas sehen: Der wirtschaftliche Riese Deutschland steigt ab, mit langsamen, schweren Schritten, wie von Roboterhand gesteuert. Die Experten der Regierung und der großen Institute starren auf das Armaturenbrett der Volkswirtschaft, das im Wochentakt alle Bewegungen des Landes registriert, den Schuldenstand, die Arbeitslosenzahl, die Verfassung von Renten- und Gesundheitssystem. Selbst die Stimmung von Investoren und Verbrauchern wird genau vermessen. Alle lauern auf Signale des Aufbruchs, zumindest auf ein Zeichen der Richtungsänderung, und sei es noch so zaghaft. Doch nichts dergleichen geschieht, seit Jahren nicht. Alle Armaturen drehen seit dem Regierungswechsel weiter in den Minusbereich.

Der Riese stapft unvermindert nach unten, und niemand, so scheint es, versperrt ihm den Weg. Der angekündigte konjunkturelle Aufschwung ist zu schwach, um ihn zu stoppen. Die bisher verabschiedeten Reformen waren ein großer Schritt für die SPD, aber ein kleiner für das Land.

Den internationalen Wettlauf kann der Einzelne schlecht überblicken. Man sieht selbst bei Auslandsreisen den Menschen nicht an, was sie verdienen. Wenn man es sehen könnte, würden viele zusammenzucken. Denn das persönliche Durchschnittseinkommen, der vielleicht wichtigste Leistungsnachweis einer Volkswirtschaft, sackte im Vergleich zu fast allen industrialisierten Ländern ab.

Deutschland war Spitze und ist es seit Jahren nicht mehr. Angesichts ständig steigender Steuern und Sozialabgaben sinken die realen Nettoeinkommen. Praktisch im Quartalstakt taucht ein neues Land neben Deutschland auf, zieht zunächst gleich, um dann in kleinen, aber kraftvollen Schritten voranzueilen.

Staaten wie Holland, Schweden und Finnland sind vorbeigezogen, genauso wie die Großen auch, Frankreich und England zum Beispiel. Sie alle produzieren mehr Wohlstand und weniger Arbeitslose, mehr Wachstum und weniger Krisenangst.

Beispiel Großbritannien: Deutschland hatte den "kranken Mann Europas" überholt, als er noch krank war, in den sechziger Jahren. 1976, kurz bevor Thatcher mit ihrer Radikalsanierung begann, war die Pro-Kopf-Leistung eines Deutschen beinahe doppelt so hoch wie die eines Briten. Dann startete - unter Schmerzen - die Aufholjagd, in Deutschland aber ging es im alten Trott weiter. 2002 lag der britische Pro-Kopf-Ausstoß an produzierten Waren und Dienstleistungen wieder deutlich über dem eines Deutschen.

Die Franzosen ersparten sich eine Radikalkur und haben ihr Land trotzdem reformiert, langsamer und leiser, so dass es viele hier zu Lande kaum wahrgenommen haben. Deutschland schaute auf Mercedes und sah nicht, wie Peugeot aufstieg. Deutschland verfolgte die schwierige Sanierung im deutschen Osten und bemerkte nicht, wie mächtig die französische Ölindustrie geworden war, nachdem der Staat aus drei Unternehmen eines gemacht hatte.

In nahezu allen Branchen schufen der Staat und die Wirtschaft Hand in Hand jene "nationalen Champions", die heute weltweit mitspielen. Der Brüsseler Wettbewerbskommissar Mario Monti stellte erst kürzlich fest: "Frankreich ist das Land, das es verstanden hat, die größte Zahl großer Wirtschaftsspieler zu schaffen." Mitte der achtziger Jahre lag der deutsche Pro-Kopf-Ausstoß noch um 13 Prozent vor dem eines Franzosen, im Jahr 2002 war der Vorsprung dahin. Die Franzosen produzierten mit jedem Werktag mehr Wohlstand als wir.

Mittlerweile schüttelt man in den Chefetagen der dortigen Industrie den Kopf über die Deutschen. Es ist noch nicht lange her, dass der Vorstand von Peugeot über seine Europastrategie beriet: Jedes Land mit seinen Stimmungen und Problemen wurde im Detail besprochen. Assistenten des Vorstandes hatten Dias vorbereitet, die auf einen Blick die Situation im Land erhellen sollten.

Bei Deutschland entschied man sich für ein SPIEGEL-Titelbild, das eine chromblitzende Bierdose zeigt: "Operation Dosenpfand". In die fragenden Gesichter seiner Zuhörer, darunter Christian Peugeot, ein Nachkomme aus der Gründerfamilie, erklärte der Deutschland-Chef die Sklerose des Nachbarstaates - viel Bürokratie, zu viel Selbstbeschäftigung, so konnte die Einführung eines Dosenpfands vom umkämpften Politikum zur Posse werden. Es bereitete den Anwesenden Sorge - und ein kleines Vergnügen bereitete es ihnen auch.

Der Vermögens- und Substanzaufbau der Deutschen, in langen Jahren erarbeitet, wird zwar nicht mit zwei, drei Jahren erhöhtem Produktionsausstoß anderenorts zunichte gemacht. Doch beruhigen kann das nicht. Die Veränderungsprozesse hier zu Lande sind langwierig, aber eben in beide Richtungen. Erfolge können nicht in wenigen Monaten verspielt, Misserfolge allerdings auch nicht auf die Schnelle korrigiert werden. "In der Wirtschaft stirbt es sich langsam", sagt Siemens-Chef Heinrich von Pierer.

Kernschmelze im Energiezentrum

Der produktive Kern der deutschen Volkswirtschaft, von dessen Energieleistung alles andere abhängt, ist das eigentliche Problem. Er schmilzt, und das seit Jahren schon. Wer die Volkswirtschaft aus der Luft betrachtet, ausgestattet mit dem technischen Instrumentarium des Geologen, könnte ihn unter der Erdkruste deutlich erkennen: Er lodert in der Mitte feuerrot, selbst an den Rändern glüht er noch. In dieser Sphäre hoher Energiekonzentration entsteht im virtuoson und sich immer wieder verändernden Zusammenspiel von Kapital und Arbeit jene Kraft, die nach außen in die Kruste abstrahlt.

Dort, weit außerhalb des Kerns, liegen die blau schimmernden Regionen, die keinerlei Energieleistung mehr erbringen, die es jedoch, wie Rentner und Arbeitslose, früher getan haben und nun erkaltet sind.

Es geht bei der Betrachtung des produktiven Kerns nicht um gut oder böse, um links oder rechts, um schön oder unschön, es geht nur um eine einzige Kategorie: Schafft eine bestimmte Aktivität zusätzlichen Wohlstand, oder verzehrt sie Wohlstand? Ist sie plus oder minus im Energiehaushalt unserer Volkswirtschaft?

Die ökonomische Energie im Zentrum der Volkswirtschaft lässt eine Leistung entstehen, die nicht gleich von ihrem Erbringer verbraucht wird, von der etwas übrig bleibt für Investitionen, die allgemeine Wohlfahrt, die Pensionen der Beamten, für eine der vielen Leistungen, die anderswo verzehrt werden. Um diese Unterscheidung der Welt geht es: Wo sind die Leistungserbringer zu Hause und wo die Leistungsbezieher? Die Einseitigkeit in der Frage bedingt die Einseitigkeit in der Antwort. Allen Versuchen, die Grenze zwischen produktiv und nichtproduktiv zu verwischen, muss widerstanden werden. Es geht gerade darum, den Nebel zu vertreiben und klarer als bisher zu erkennen, was im Inneren der Volkswirtschaft los ist.

Dass die kulturellen Aktivitäten der bundesdeutschen Freizeitgesellschaft, wie Schülertheater und Kirchenchor, die Energieleistung des produktiven Kerns beeinflussen können, versteht sich von selbst. Aber sie können ihn nicht ersetzen. Auch die zahlreichen karitativen und sozialen Engagements, von der Krabbelgruppe bis zum Seniorenabend des Roten Kreuzes, gehören zu einer zivilen Gesellschaft, wirken förderlich auf die Arbeit im Innern. Aber: Der Wohlstand einer Nation hat seine Quelle nahezu ausschließlich im Kern.

Der besteht aus drei Teilen, die in ihrer Energieleistung von unterschiedlicher Intensität sind. Da ist im Innersten zunächst die Sphäre von Bildung und Wissen, die in einem nahezu rohstofffreien Land als Vorstufe der eigentlichen Wertschöpfung betrachtet werden muss. Sie ist die zentrale Ressource, die eigentliche Kernenergie des Landes, ohne die der Produktionsfaktor Mensch so leer wäre wie ein Computer ohne Software-Programm. Nur das sich ständig erneuernde Wissen des Menschen hält den Maschinenpark der Volkswirtschaft am Laufen, schafft jene Ideen, aus denen später Produkte entstehen können.

In dieser Sphäre entstanden die bahnbrechenden Erfindungen eines Gottlieb Daimler, die Theorien eines Albert Einstein, die Weltneuheiten des Pioniers Werner von Siemens. Aber auch innovative Vertriebsideen wie die Buchclubs des Reinhard Mohn, pharmazeutische Bestseller wie Aspirin und theoretische Abhandlungen von Weltrang wie die von Karl Marx sind in diesem innersten Kern entstanden, der ausschließlich dem Wissen und der Innovation dient, der noch keine Rentabilität nachweisen kann und muss und dennoch die entscheidende Voraussetzung für die spätere Rendite ist.

Heute sind nahezu alle deutschen Produkte, ob Autos, Handys oder Software-Programme, geronnene Geistesleistung, die ihren oft höheren Preis durch das Mehr an eingebauter Innovation rechtfertigen. Ein Großkonzern wie Siemens, der jährlich mehr als fünf Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung ausgibt, verkauft mittlerweile vom Kraftwerk bis zum satellitengesteuerten Kommunikationssystem eine Produktpalette, die alle fünf Jahre neu erfunden wird. 1980 wurden erst 48 Prozent des Umsatzes mit Produkten erzielt, die jünger als fünf Jahre waren, 1985 bereits 55 Prozent, und 2001 erreichte diese Quote stolze 75 Prozent.

In der Autoindustrie das gleiche Bild: Die internationale Spitzenposition der deutschen Hersteller Porsche, Mercedes-Benz und BMW ergibt sich im Wesentlichen aus dem Technologievorsprung ihrer Autos, und diese wiederum ist Folge hoher Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Der Wert einer Pharmafirma besteht nahezu ausschließlich in ihrer Fähigkeit, eine so genannte Produktpipeline zu bauen, in der Forschungsgeld und Forschergeist zu einem neuen Medikament gerinnen. Wenn es dann noch gelingt, eine Innovation weltweit als eigenständige Marke zu etablieren, liefert sie mitunter noch Jahrzehnte danach Profite wie aus dem Märchenland.

Je schärfer die Lohnkonkurrenz der Schwellenländer ist, desto bedeutsamer sind Ideenvorsprünge, die mit nichts anderem als mit immer neuen, kühnen Ideen verteidigt werden können. Da die deutsche Wirtschaft vor allem eine Exportwirtschaft ist, die ein Drittel aller Produkte und Dienstleistungen international losschlägt, ist sie auf die Energieleistung im Innern der Volkswirtschaft zwingend angewiesen. Rund die Hälfte aller Ausfuhren gelten als "technologieintensive Produkte".

Doch ausgerechnet dieser innerste Teil des produktiven Kerns zieht sich zurück, schon seit Jahren. Es ist, als würde jemand der hochtourig drehenden Wohlstandsmaschine die Energiezufuhr abklemmen, was ihr nicht gut bekommt.

Aufschlussreich ist vor allem die Patent- und Forschungsbilanz: In ihr wird festgehalten, in welchem Umfang deutsche Firmen Patente und Lizenzen und andere Forschungsleistungen im Ausland einkaufen, und diese Summe wird verrechnet mit jenen Patenten und Lizenzen, die sie ihrerseits exportieren. Der Saldo dieser Bilanz ist seit langem negativ, die Differenz zwischen eigenen und zugekauften Ideen hat sich allein von 1991 bis 2001 verfünffacht.

Deutschland ist beim wichtigsten Rohstoff der Neuzeit vom Exporteur zum Importeur geworden, so dass die Patentbilanz heute als Armutszeugnis bezeichnet werden muss. Insgesamt gibt Deutschland heute nur 2,5 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus, weniger als die USA, Japan, Schweden und Finnland. Nicht einmal der Wert von Südkorea wird erreicht.

Die Ergebnisse der über Jahre reduzierten Zufuhr im heißesten Teil des produktiven Kerns fallen daher erwartungsgemäß aus: Wo gewaltige Energien sich freisetzen ließen und der eigentliche Urknall einer modernen Volkswirtschaft sich ereignet, herrscht heute große Stille.

Geradezu mutwillig, so scheint es, reicht das Land seine einstige Spitzenposition an andere weiter. "In Deutschland gab es in den vergangenen zehn Jahren keine aus Bildung erklärbaren Zuwächse an Produktivität", sagt Andreas Schleicher von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die in regelmäßigen Abständen 30 Staaten miteinander vergleicht.

Die Bundesregierung kommt in dem von ihr in Auftrag gegebenen Report "Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands" zum gleichen Resultat. Bei den Hochtechnologien, bei Mikroelektronik, Kommunikationstechnik und Biotechnik, hinkt Deutschland der Spitze hinterher, heißt es da. Mit Ausnahme der Technologiesprünge im Automobilbau, welche die Konzerne im Wesentlichen selbst finanzieren, sei "Deutschland nicht mehr als ein Land zu bezeichnen, das auf forschungsintensive Produktionen spezialisiert ist".

Ein derartig trostloses Selbstzeugnis hätte einen öffentlichen Aufschrei erzeugen müssen, was es nicht tat. Lethargisch nimmt eine offenbar müde gewordene Gesellschaft zur Kenntnis, dass ihr Wissensrohstoff, dem sie ihren grandiosen Aufstieg verdankt, versiegt.

Exportschlager Arbeitsplätze

Die deutschen Firmen reagieren auf das staatliche Desinteresse, wie sie es immer tun, wenn ihnen die Richtung nicht passt: Sie gehen einfach.

Wer wegwandert, fehlt hier zu Lande. Eine Studie des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs kommt zu dem Schluss, dass mittlerweile "eine Substitution von Inlands- durch Auslandsforschung" stattgefunden hat. Vor allem eben in den Vereinigten Staaten, in denen Forscher und Entwickler als moderne Helden und nicht als Spinner oder Kostgänger gelten, konnte deutscher Forschergeist eine zweite Heimat finden. Eine Kolonie ist entstanden, von Emigranten gegründet, die nicht durch Verfolgung, wohl aber durch Gleichgültigkeit aus ihrem Heimatland vertrieben wurden. Normal ist dieser Aderlass nicht, auch nicht im Zeitalter der Globalisierung: Kein anderes führendes Industrieland hat seine Forscher so zahlreich ins Exil getrieben.

In der ebenfalls leuchtend roten zweiten Schicht des Energiekerns findet die Umwandlung von Bildung und Wissen in produktive Arbeit statt, also die eigentliche Wertschöpfung. In dieser Kathedrale des Kapitalismus sind die hochrentablen Arbeitsplätze zu Hause, die sich von der Entwicklung über die Herstellung bis zum Vertrieb erstrecken und allesamt vier Sorten von Energie und damit das maximal Mögliche abstrahlen: den eigenen Lohn, die Sozialabgaben, die Steuern und den Unternehmergewinn. Von rund 82,5 Millionen Einwohnern Deutschlands sind hier nur rund 27,5 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, also ein Drittel der Bevölkerung.

Von den statistisch registrierten 4,1 Millionen Selbständigen zählen nur rund 2 Millionen zu dieser feuerroten zweiten Schicht des produktiven Kerns. Denn sie verwandeln Ideen in Produkte und Dienstleistungen. Ohne ihr Zutun gäbe es viele Jobs nicht, weil nur Idee plus Mut plus Startkapital in der Lage sind, Arbeitsplätze zu schaffen. "Der Unternehmer muss ins Gelingen verliebt sein", sagt Heinz Dürr, Ex-Daimler-Vorstand, Ex-Bahnchef und bis heute Familienunternehmer.

Doch diese Spezies stirbt allmählich aus. Die Zahl der Firmengründungen entwickelt sich seit der Einheit rückläufig, fiel nach den letzten verfügbaren Daten des Instituts für Mittelstandsforschung von 531 000 im Jahr 1991 auf 452 000 im Jahr 2002. Da die Zahl der Liquidationen im gleichen Zeitraum um gut 26 Prozent answoll, kamen im Saldo 2002 nur 63 000 neue Firmen hinzu. Zum Vergleich: 1991 wurden in Deutschland noch 223 000 zusätzliche Firmen gegründet. Diese wenigen neuen Unternehmen, das ist der zweite Trend, sind klein und oft sogar klitzeklein. Die Neugründungen mit mehr als einem Beschäftigten sind heute die Ausnahme.

"Die Abwesenheit von Unternehmern ist nicht nur ein statistisches Phänomen, sondern auch ein ganz bedeutendes gesellschaftliches Problem", sagt der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, Max Schön. Am 29. Januar dieses Jahres versuchte er vor einem kleinen Politikerkreis in Berlin die politische Elite wachzurütteln: Auf einer Europakarte hatte er die nur schwach

wachsenden Volkswirtschaften mit Gelb, die moderat wachsenden mit Grün und die EU-Kandidaten im Osten mit Blau gekennzeichnet, bevor er auf ein alarmrotes Deutschland zeigte: "Schauen wir jetzt einmal, wie es sich in Europa stirbt." Die versammelten Herren, darunter Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms und ein Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium, schauten betreten drein.

Die Schrumpfung dieser zweiten Schicht ist mittlerweile ins Zentrum zahlreicher wissenschaftlicher Studien gerückt, denn das Phänomen ist selbst für Experten beeindruckend. Kein anderes größeres Land Westeuropas und mit Ausnahme Japans kein anderes der westlichen Welt zeigt in seinem Allerinnersten eine derart ausgeprägte Neigung, sich zu verkleinern.

Der erste Impuls geht von der geschrumpften Energie im Allerinnersten aus: Schrumpft der Wissenschaftsbereich, führt das unweigerlich auch zu einem Rückgang der kommerziell verwertbaren Spitzentechnologie. In der Wertschöpfungsstruktur der sechs größten OECD-Staaten nimmt die Spitzentechnologie mit einem Anteil von 2,6 Prozent an der gesamten durchschnittlichen Wertschöpfung dieser Länder einen kleinen, aber feinen Platz ein. In Deutschland liegt dieser Anteil um 50 Prozent unter dem Referenzwert.

Rückgänge bei den innovativen Jobs würden durch die große Stabilität der deutschen Old Economy ausgeglichen, glauben viele. Leider ein Irrglaube: Auch die traditionellen Industriearbeitsplätze, weltweit und daher auch in Deutschland noch immer ein wesentlicher Teil des Energiekerns, bilden sich hier zu Lande seit Jahren zurück, allein im Zeitraum von 1995 bis 1999 ist hier ein Minus von knapp fünf Prozent zu verzeichnen.

In einigen anderen Ländern schrumpfen sie auch, aber nur halb so stark. Frankreichs Industriebeschäftigten entwickelten sich im selben Zeitraum um 2,6 Prozent zurück, in Großbritannien stagniert die Zahl. Die Mehrzahl aller OECD-Länder aber schlug den anderen, den Wachstumspfad ein. In Irland, das mit seiner Steuerpolitik die auswanderungswilligen Unternehmer der ganzen Welt anlockt, legten die Jobs in der Industrie im Zeitraum von 1995 bis 1999 um 25 Prozent zu, in Finnland um 12 Prozent, in Kanada um gut 6 Prozent, in den Niederlanden um 4,3 Prozent, und selbst das Dienstleistungsparadies USA kann eine Steigerung in der Old Economy um knapp 3 Prozent vorweisen.

Viele wird dieser Befund überraschen, denn die Mehrzahl der hiesigen Ökonomen beteiligt sich seit Jahren am Abgesang auf die Industriegesellschaft. Die Zukunft gehöre den Dienstleistungen, der Industriearbeiter sterbe aus, so die eingängige, aber eben falsche Melodie.

Denn in Wahrheit ist diese Trennung eine künstliche; jede Industriefirma beherbergt unter ihrem Dach eine Vielzahl von Dienstleistern wie Marketing-, Vertriebs- und Rechtsabteilung, die sie auch ausgliedern kann, wie es in den USA üblich ist. Ein Großteil dieser Tätigkeiten kreist, in welcher Organisationsform auch immer, unwiderruflich um einen Industriearbeitsplatz; der Börsianer braucht das produzierende Hinterland, um es in kleinen Portionen, die sich Aktien nennen, zu verkaufen; der Analyst untersucht reale Firmen und tatsächliche Waren- und Rohstoffströme; der Kellner ist nur das letzte Glied in der Wertschöpfungskette der Lebensmittelindustrie; der schreibende Journalist ist untrennbar mit der Druckindustrie verbunden, die seine Dienstleistung erst zum Produkt macht.

Deshalb wachsen im OECD-Durchschnitt die Industriearbeitsplätze, was in Deutschland kaum einer wahrhaben will. Und ein Zusammenhang zu den Arbeitsplätzen der Dienstleistungsbranche besteht auch, die wachsen nämlich vor allem da besonders kräftig, wo die Industrie zulegt. Also: Irland 31 Prozent, Niederlande 15 Prozent, Finnland 13 Prozent, Kanada 10 Prozent, die USA bringen es von 1995 bis 1999 auf knapp 9 Prozent Jobwachstum in diesem Bereich.

Der Benchmarking-Arbeitsgruppe im Kanzleramt, einer von Gerhard Schröder initiierten Expertenrunde, blieb nichts anderes übrig, als leicht verschämt zu notieren, dass die Entwicklung bei den deutschen Industriearbeitsplätzen "recht ungünstig" verlaufen sei und der Dienstleistungssektor ebenfalls eine "recht geringe Dynamik" verzeichne.

So wurden Arbeitsplätze zu Exportschlägern der deutschen Industrie. Märklin und Audi beschäftigen ungarische Arbeiter in ungarischen Fabriken. Mittlerweile, meldet stolz die Regierung in Budapest, würden zehn Prozent des ungarischen Sozialprodukts von deutschen Firmen erwirtschaftet. Schön für Ungarn.

Auch in der Slowakei sind die deutschen Firmen groß im Geschäft. Der neue VW-Geländewagen Touareg wird nahezu vollständig in Bratislava gebaut, nicht einmal die Endmontage findet hier zu Lande statt. In der Regel hat kein deutscher Arbeiter das Auto je berührt. Allein die VW-Exporte aus der Slowakei machen bald 20 Prozent der Gesamtausfuhren des Landes aus. Schön für die Slowakei.

Rund 2,6 Millionen solcher Auslandsarbeitsplätze werden nach Schätzungen des Münchner Ifo-Instituts derzeit von deutschen Firmen betrieben. Indonesier, Malaysier, Chinesen, Vietnamesen, Südkoreaner, Inder, Polen, Ungarn, Slowaken, Rumänen profitieren davon, dass in Deutschland eine Kernschmelze eingesetzt hat. Die stolzen Umsatz- und Gewinnzahlen, die viele deutsche Konzerne Quartal für Quartal melden, sind auch ihr Werk. Nur an den deutschen Arbeitsplätzen schwingt dieser Aufschwung vorbei.

Das Wachstum der Firmen (irgendwo auf der Welt) und das Wachstum der Arbeitslosigkeit (in Deutschland) sind oft zwei Seiten einer Medaille. Sicher: Auch ohne die deutschen Probleme würden die Unternehmen im Ausland investieren, aber eben nicht so stark. Ihr Abschied trägt alle Züge einer Flucht, die nur deshalb nicht so genannt wird, damit zu Hause keine Unruhe aufkommt.

Kernindustrien des Landes, wie die Textilfabriken, haben vor Jahrzehnten mit ihrem Umzug nach Fernost und seit den neunziger Jahren nach Osteuropa begonnen. Andere verlagern Zug um Zug.

Beispiel BASF: Von 1980 auf 2002 wurde der Auslandsumsatz nur geringfügig gesteigert (von 72 auf 78 Prozent). Derweil hat sich die Zahl der Arbeitsplätze im Inland fast halbiert, minus 34 000 Beschäftigte, und die im Ausland um ein Fünftel erhöht, plus 6000.

Beispiel Siemens: Die Zahl der inländischen Beschäftigten sank von 1980 bis 2002 von 235 000 auf 175 000, also minus 26 Prozent. Mittlerweile arbeiten im Ausland mehr Firmenmitarbeiter als im Gründungs- und Heimatland, plus 128 Prozent seit 1980; statt 109 000 damals sind für Siemens im Ausland heute 248 000 Menschen aktiv.

Neues wächst hier zu Lande kaum nach. Der Zusammenfall von Imperien, der Sturz von Wirtschaftswunder-Ikonen hat sich mittlerweile als Charakteristikum der deutschen Wirtschaftsgeschichte nach 1970 erwiesen, ohne dass ein deutscher Bill Gates oder Steve Jobs zu erkennen wäre. Der Computerunternehmer Heinz Nixdorf, Fernsehponier Max Grundig und Versandhauskönig Josef Neckermann sind gescheitert. Zuletzt, kurz vor Weihnachten 2003, hat es auch Modeunternehmer Klaus Steilmann erwischt. Im Wirtschaftsteil der "Süddeutschen Zeitung" musste sich Steilmann vorhalten lassen, er habe "unangemessen lange am Produktionsstandort Deutschland festgehalten".

Im dritten Ring unseres Energiekerns beobachten die Experten den ausgeprägtesten Schrumpfungsprozess. In dieser äußeren Schale der Mitte, die nur noch mattrot leuchtet, ist die Energieintensität bereits deutlich gedämpft. Hier finden sich jene Arbeitsplätze, die kaum oder gar keinen Gewinn abwerfen.

Ihre Energieleistung ist schwach, diese Arbeitsplätze sind oft sogar der innerste Kern von gestern und wandern nun allmählich nach draußen in die Kruste. Sie sind auf dem besten Weg, in der Energiebilanz von Plus zu Minus zu wechseln. Aber noch liefern sie Energie, wenn auch von den vier möglichen Energiearten oft nur noch drei anfallen, der Unternehmergewinn ist hier schon arg geschrumpft, der Lohn wurde bereits gekürzt und das Weihnachtsgeld gestrichen. Experten nennen solche Firmen, die an der Grenze der Rentabilität arbeiten, daher auch Grenzanbieter. Vereinfacht lässt sich sagen: Die Arbeitslosen von heute sind die Grenzanbieter von gestern gewesen.

Die "neuen Selbständigen"

Auch viele von denen, die sich "Unternehmer" nennen und von Politikern zuweilen als "neue Selbständige" gefeiert werden, sind in Wahrheit eher Grenzanbieter. Mit dem Idealbild vom wagemutigen Erfinder haben sie oft wenig gemein.

Zur Gruppe dieser Kleinstunternehmer zählen Journalisten ohne Festanstellung, Gelegenheitsschauspieler, Werbetexter auf Abruf, Subunternehmer aller Art, gelegentliche Event-Veranstalter und freischaffende Stripperinnen genauso wie Klavierlehrer, selbständige Erzieherinnen und Hunderte anderer Formen des Unternehmenseins, die in Deutschland mittlerweile die Selbständigenbilanz bevölkern. Professoren wie Michael Reiß von der Universität Stuttgart haben allerlei wohlklingende Namen für diese Spezies erfunden:

Da gibt es den "Auch-Unternehmer", der versucht, neben seinem Job selbständig hinzuzuverdienen; den "seriellen Unternehmer", der immer mal wieder was Neues probiert; den "Intrapreneur", der innerhalb seiner Firma als Selbständiger fungiert, den "Auftrags-Unternehmer", der außerhalb der Firma arbeitet und früher schmucklos Subunternehmer genannt wurde. Die kleinste aller Firmengründungen, die Ich-AG, die in Amerika als Self-Employment bezeichnet wird, kam im vergangenen Jahr auch in Deutschland in Mode. Da man von dieser Selbständigkeit nicht leben und nicht sterben kann, so der Professor aus Stuttgart, hätten sich viele der Kleinstunternehmer "ein ausgewogenes Portfolio aus mehreren Erwerbsquellen zusammengestellt".

Die Betroffenen haben keine andere Alternative, denn ihr Unternehmerlohn liegt oft nur in Sichtweite des Sozialhilfesatzes. Von den vier Millionen offiziell registrierten Selbständigen ist jeder zweite eher ein armer Hund als ein Big Boss, was kein Verband, keine Partei und kein Professor verrät, sondern die vom Statistischen Bundesamt geführte Bilanz der Steuerzahler.

Gut eine Million Unternehmer sind demnach von der Umsatzsteuer-Voranmeldung befreit, weil ihr Jahresumsatz unterhalb von 16 617 Euro liegt. Für andere liegt der Hauptvorteil ihrer Selbständigkeit in der steuerlichen Absetzbarkeit der Lebensführung; der Fiskus akzeptiert Restaurantquittungen, Benzinbelege und Flugtickets als "Betriebsausgaben".

Soziologen wie Ulrich Beck sprechen in polemischer Absicht von der "Brasilianisierung der Arbeitswelt", die Regierung glaubte eine Zeit lang, diese und andere Formen der "Scheinselbständigkeit" bekämpfen zu müssen. Was für ein Irrtum: Diese kleinen Selbständigkeiten taugen zwar nicht zur Glorifizierung des Unternehmertums, aber: Sie zeigen immerhin eine

ökonomische Aktivität an, deren geringe Energieintensität besser ist als keine. Womöglich lässt sie sich sogar noch steigern. Ein Staat, der nicht lebensmüde ist, muss sie fördern, nicht bekämpfen.

Die meisten Bewohner dieser äußersten Schicht des produktiven Kerns sind allerdings normale Arbeitnehmer. Vor allem die von Hause aus nur wenig produktiven Dienstleister, Kellner und Tellerwäscher, Putzfrauen, Kassiererinnen und Garderobenfrauen, sind hier zu Hause. Sie sorgen mit ihrem Einkommen im Wesentlichen für sich selbst, haben kaum noch ökonomische Energie übrig, um in die Gesellschaft abzustrahlen.

Sie arbeiten im Grenzbereich der Rentabilität - aber sie arbeiten immerhin. In anderen Ländern, vor allem in den USA, aber auch in Holland, ist dieser äußere Ring deutlich kräftiger ausgebildet. Diese Länder besitzen einen Niedriglohnbereich, der kaum Steuern zahlt und damit die Profitabilität dieser Jobs oft erst ermöglicht.

Alle drei Schichten des Kerns sind von der Schrumpfung betroffen. Die ökonomische Lebensbilanz zeigt sogar, wie sich gegenüber früheren Epochen die Arbeitszeit des Einzelnen verringert. Ein durchschnittlicher deutscher Mann widmet vom zehnten Lebensjahr bis zum Tod nur noch rund 16 Prozent seiner ganzen Lebenszeit der Berufstätigkeit, die größten Zeitbudgets gehören dem Müßiggang, also dem Sport, dem Fernsehen, dem Kneipenabend (18 Prozent). Bei den Frauen wird nach dieser Ende 2003 veröffentlichten Lebenszeitstudie des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden mehr Zeit mit Essen und Körperpflege (12 Prozent) verbracht als mit bezahlter Erwerbsarbeit (10 Prozent). Betrachtet man alle Deutschen - auch Kinder ab dem zehnten Lebensjahr, Rentner, Arbeitslose -, verwendeten im Jahr 2002 alle 82,5 Millionen zusammen nur 13 Prozent ihres Zeitbudgets für Berufsausbildung und bezahlte Tätigkeit. Diese 13 Prozent freilich müssen die übrigen 87 Prozent des Lebens mitfinanzieren, woraus sich die Überlastung des Energiekerns ergibt. Denn Freizeitbetätigungen aller Art dienen der Erholung - aber nicht der Vermehrung des Wohlstands.

An der Statistik der geleisteten Arbeitsstunden lässt sich ebenfalls präzise ablesen, in welcher Geschwindigkeit sich der produktive Kern verkleinert. Man erkennt auch, dass all jene, deren Wohlstand größer ist als der deutsche, und auch jene, die sich in eine rasante Aufholjagd gestürzt haben, nichts anderes tun als die Deutschen in ihren erfolgreichsten Jahren: Sie arbeiten.

In Korea schuftet ein Beschäftigter rund 60 Prozent mehr, gezählt in Stunden pro Jahr, die Arbeiter in der Slowakei und in Tschechien sind mit 30 Prozent mehr dabei. Aber auch die erfolgreichen westlichen Nationen sind allesamt fleißiger als die deutschen Beschäftigten mit ihren 1500 Arbeitsstunden pro Jahr - die Amerikaner (plus 350 Stunden), die Briten (plus 250 Stunden) und die Schweizer (plus 110 Stunden), aber auch die Franzosen, Italiener, Spanier, Dänen und Finnen liegen

vorn. Die Zeit, die ein deutscher Beschäftigter an Werkbank oder Schreibtisch verbringt, schnurrte über die Jahre immer mehr zusammen, und der Wohlstand schrumpft unweigerlich hinterher.

Auch die Zahl derjenigen, die überhaupt zur Arbeit gehen, hat sich verkleinert. Vor allem Menschen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren steigen aus oder werden von ihren Arbeitgebern ausgestiegen: 60 Prozent dieser Jahrgänge sind nicht mehr am Erwerbsleben beteiligt. In den Vereinigten Staaten ist die Aktivität dieser Jahrgänge um fast 20 Prozentpunkte höher. Auch die Jungen und wenig Qualifizierten bleiben bei uns daheim, jeder Fünfte von ihnen hat keinen Arbeitsplatz. Die "Deutsche Bank Research", das wissenschaftliche Institut der Deutschen Bank, kommt zu dem Befund: "Durch eine kürzere Wochenarbeitszeit, eine höhere Zahl an Urlaubstagen, ein früheres Renteneintrittsalter und die steigende Arbeitslosigkeit ist die Zahl der pro Kopf der Bevölkerung gearbeiteten Stunden von etwa 900 in den sechziger Jahren auf unter 700 Ende der neunziger Jahre gesunken, also um fast ein Viertel. In den Vereinigten Staaten stieg sie dagegen im gleichen Zeitraum um etwa ein Viertel. Der limitierende Faktor für das deutsche Wirtschaftswachstum ist eindeutig der Faktor Arbeit."

Die Gründe für die abnehmende Energieintensität sieht auch die Regierungskommission, die von Experten aller politischen Denkschulen besetzt wurde, im Rückgang der geleisteten Arbeit: "Die Problemlage in Deutschland lässt sich durch eine verhältnismäßig geringe Auslastung des Faktors Arbeit kennzeichnen."

Der Befund ist eindeutig: Der produktive Kern der deutschen Volkswirtschaft schrumpft - die Zahl der industriellen Arbeitsplätze geht zurück, ohne dass Dienstleistungsjobs bisher die Lücken füllen konnten, die Innovation verflüchtigt sich, die staatlichen Investitionen in die Infrastruktur werden weniger, immer neue Grenzanbieter aus den Randzonen der Ökonomie scheiden aus. Wir haben es gerade im Energiekern, wo normalerweise Ideen in Produkte und Dienstleistungen, wo Arbeitskraft in Gewinn verwandelt werden soll, wo - kurz gesagt - jener Wohlstand produziert wird, der dann in andere Teile der Gesellschaft umverteilt werden kann, mit einem Schrumpfungsprozess zu tun, der international ohne Beispiel ist.

Darf so überhaupt gerechnet werden? Eine Volkswirtschaft funktioniert doch nicht im Rhythmus einer großen Stechuhr. Es kommt nicht auf die Zahl der Erwerbspersonen an, sondern darauf, was in den Millionen von Arbeitsstunden passiert. Werden da Schuhe geputzt, was nicht allzu viel Geld abwirft? Oder wird mehrheitlich mit Maschinenkraft produziert, was deutlich mehr Gewinn erwirtschaftet? Reicht heute nicht ein kleiner Kerntrupp in der Privatwirtschaft aus, die ganze Gesellschaft zu ernähren?

Denn der Kapitaleinsatz ist bekanntermaßen enorm gestiegen, so dass die wenigen Stunden und die wenigen Beschäftigten doch nicht zu weniger Wohlstand führen, zumindest nicht automatisch. Zu Zeiten des VW-Käfer, also in den fünfziger Jahren, brauchte ein Auto noch 35 Stunden, bis es

fahrbereit auf den Hof rollen konnte. Die heutigen VW-Arbeiter sind mit einem Polo nach 10 Stunden fertig, und ihr Auto ist von erheblich besserer Qualität.

Das Bruttosozialprodukt pro Beschäftigten, also jener Teil der Wertschöpfung, der auf den einzelnen Arbeiter oder Angestellten entfällt, misst genau diesen höheren Ausstoß pro Mann oder Frau. Und diese Zahl hat sich in Deutschland von 1970 bis 2002 immerhin um gut 42 Prozent erhöht, was eine stattliche, ja eine imposante Steigerung ist.

Kein Wunder also: Die Produktivität dient den einen als Ausweis gestiegener Wettbewerbsfähigkeit und begründet für die anderen die Forderung nach höheren Arbeitsentgelten. Denn pro Stunde wird ja mehr geleistet.

Doch die gestiegene und immer weiter steigende Arbeitsproduktivität in Deutschland ist als Erfolgsziffer nur bedingt tauglich. Was innerhalb einer Firma als Ausweis einer hohen Energiedichte gilt, ist im Haushalt der Volkswirtschaft oftmals ein Energieverlust, der dem Land schwer zu schaffen macht. Denn auch mit jeder Lohnerhöhung steigt fast automatisch die Arbeitsproduktivität.

Der Vorgang verläuft nach dem immer gleichen Mechanismus: Die Lohnerhöhung führt bei den Grenzanbietern zu enormen Problemen, an deren Ende das Ausscheiden der Beschäftigten steht. Der Wegfall dieser gering produktiven Jobs, die bisher die durchschnittliche Arbeitsproduktivität im Lande drückten, beflügelt sie nun. Übrig bleiben die Leistungsstarken.

Je höher also die Arbeitslosigkeit, desto eindrucksvoller fallen die Steigerungen der Arbeitsproduktivität aus, weil immer nur die hoch produktiven Jobs überleben. Würde Deutschland durch das mutwillige Heraufsetzen der Sozialabgaben, der Löhne und der Steuern alle einfachen Dienstleistungen aus dem Feld schlagen, ins Nichts oder in die Schwarzarbeit abdrängen, und blieben nur die EDV-gestützten Arbeitsplätze der Banken, die robotergetriebene Autoindustrie, die durchrationalisierten Computer- und Elektronikkonzerne übrig, was für ein Triumph, zumindest auf dem Papier. Die Arbeitsproduktivität des Einzelnen aus dem erlesenen Kreis der Übriggebliebenen wäre gesteigert worden - um den Preis enormer Energie- und damit Wachstumsverluste insgesamt.

Die Ausgesteuerten dagegen verschwinden nicht aus der Bilanz, sie wechseln nur die Seite, aus dem leichten Plus ist ein dickes Minus in der volkswirtschaftlichen Rechnung geworden. Denn durch die enge Kopplung von Arbeitsmarkt und Sozialstaat nimmt jeder, der nicht arbeitet, automatisch auf der anderen Seite der volkswirtschaftlichen Bilanz seinen Platz ein; wer keinen Wohlstand schafft, verzehrt ihn, was bleibt ihm auch anderes übrig.

Die Fabrik der Arbeitslosen

Funktioniert der Arbeitsmarkt im Innern des Kerns nicht, gerät auch der Sozialstaat aus der Balance - und umgekehrt. Die Fehlfunktionen des Arbeitsmarkts lösen, in Deutschland sogar deutlich stärker als in jedem anderen Land der westlichen Welt, eine Kettenreaktion aus, die den Funken auf den Sozialstaat überspringen lässt. Von dort funkt es wiederum direkt auf den Arbeitsmarkt zurück.

Der Mechanismus ist teuflisch: Steigt die Arbeitslosigkeit, steigen die Kosten des Sozialstaats, und diese, da sie fast ausschließlich von den Arbeitenden - in Form von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, zur Krankenkasse, zur Rente, zur Pflegeversicherung - aufgebracht werden, treiben die Kosten der Arbeit erneut in die Höhe. 1970 lag die Arbeitslosenquote noch bei 0,7 Prozent (150 000 Arbeitslose), die Sozialabgaben machten damals nur 26,5 Prozent des Lohnes aus. 1980, die Arbeitslosenquote lag nun bei 3,8 Prozent (900 000 Arbeitslose), mussten schon 32,4 Prozent an den Sozialstaat bezahlt werden. Heute sind wir bei 4,5 Millionen Arbeitslosen (11 Prozent) und einem 40-prozentigen Lohnaufschlag angelangt, der die Anforderungen an einen rentablen Arbeitsplatz immer mehr erhöht.

Denn diese 40 Prozent Sozialaufschlag müssen Arbeiter und Angestellte verdienen, ob sie wollen oder nicht. Keiner der vier Begünstigten ist zum Verzicht bereit: Der Arbeiter will seinen Lohn, sonst tritt er in den Streik. Der Unternehmer verlangt seinen Gewinn, ohne den er die ganze Unternehmung sofort stilllegen würde. Der Staat verlangt unnachgiebig und auf dem Wege des Vorabzugs vom Lohnzettel seine Tribute. Die Steuer fließt Richtung Finanzamt, die Sozialabgaben an die Sozialkassen, noch bevor Arbeiter und Unternehmer überhaupt zuschnappen konnten.

Nicht alle Jobs sind derart gewinnträchtig, dass neben Lohn, Lohnsteuern und Unternehmergewinn auch noch ein 40-prozentiger Sozialaufschlag drin ist. Deshalb legt der hin- und herspringende Zündfunke irgendwann jede noch so robuste Volkswirtschaft lahm. Die sich nach oben schraubende Sozialgebühr erreicht auf ihrem Weg zum Gipfel immer neue Arbeitsplätze und Gehaltsstufen, die diese Gebühr beim besten Willen nicht erwirtschaften können.

Wer ehrlich ist und sich das Staunen nicht restlos abgewöhnt hat, wird zugeben: Auf den deutschen Arbeitsmärkten bietet sich heute ein Bild der Verwüstung. In Deutschland ist die Arbeit dabei, sich breitflächig aus dem Alltagsleben von Millionen zurückzuziehen. Die von jedem Deutschen geleistete Arbeitszeit seit 1970 hat sich massiv um ein Viertel reduziert. Gestiegen ist die Zahl der Arbeitslosen (um 2900 Prozent) und die der Sozialhilfeempfänger (um 450 Prozent).

Wobei die Besserverdiener und der Arbeitsmarkt durchaus miteinander harmonieren. Der Arbeitsmarkt funktioniert für sie, Angebot und Nachfrage finden zueinander. Das Problem, das die

großen Fehlsteuerungen verursacht und den Abstieg Deutschlands mit großer Deutlichkeit anzeigt, liegt fast ausschließlich am unteren Ende des Arbeitsmarkts, im äußersten Bereich des produktiven Kerns: bei den kleinen Leuten mit den kleinen Einkommen. Für sie lohnt es kaum mehr zu arbeiten, und umgekehrt lohnt es auch kaum, ihnen reguläre Arbeit anzubieten. Der Einzelne kann sich diesem doppelten Hindernis kaum entgegenstemmen, selbst wenn er wollte, würde er heute keinen Job finden. Arbeit verschwindet nicht nur deshalb, weil sie keiner annehmen mag. Sie verschwindet auch deshalb, weil sie keiner anbietet.

Betrachten wir die 4,5 Millionen Arbeitslosen, die es nun sind, unterm Mikroskop, dann sehen wir Alte und schlecht Ausgebildete, und wir sehen sehr Junge, die ebenfalls nichts Richtiges gelernt haben.

Der vierfache Wettbewerb

Ökonomisch betrachtet, ist die Sache einfach zu erklären, unter den heutigen Bedingungen scheint eine Lösung aber aussichtslos: Der Input dieser Menschen ist aus Sicht der Wirtschaftsmaschine Deutschland so gering, dass sie zu den festgesetzten Preisen keine Chance haben. Sie stehen im vierfachen Wettbewerb, den sie nur verlieren können. Gegner Nummer eins ist jener chromblitzende Maschinenpark, der allmorgendlich unsere Straßen kehrt, die Fahrkarten der S-Bahn verkauft, in den Hotelfluren die Schuhe putzt, das Laub wegsaugt, die Gärten mit unterirdisch gelegten Kanälen bewässert und besprenkelt. Diese Maschinen sind der einfachen Arbeitskraft nachempfunden, ihr allerdings in Geschwindigkeit und Präzision oft überlegen. Der zweite Herausforderer wohnt und schuftet in Fernost und Osteuropa. Das Kapital in Form von Maschinen wurde eigens dort hingeschafft, um diese einfache Arbeitskraft, die dort im Überfluss besteht und sich zu günstigsten Konditionen anbietet, zu nutzen. Das Gegenstück zum Gastarbeiter, der in den sechziger Jahren zu uns kam, ist das Gastkapital, das die umgekehrte Reise antritt. Gemeinsam ist beiden, dass sie nie wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Gegner Nummer drei sind jene Kollegen, die sich in die Schwarzarbeit verabschiedet haben. Sie machen den noch verbliebenen Einfacharbeitern beinharte Konkurrenz. Sie arbeiten auch samstags und sonntags, sie kennen keine Arbeitszeitlimits, keine Obergrenzen für Staub, Lärm und Schmutz, und ihr Preis liegt in aller Regel um sensationelle zwei Drittel unter dem, was der reguläre Arbeiter heute verlangt.

Konkurrent vier der einfachen Arbeiter, der Aushelfer und Handlanger, der Ungelernten und gering Qualifizierten sind die Privathaushalte. Angesichts der Hochpreispolitik des offiziellen Arbeitsmarkts sind selbst Zahnärzte, Rechtsanwälte, Architekten und Bankmanager zum Do-it-yourself übergegangen. Der Wachstumsschub der Baumärkte ist das sichtbare Zeichen einer

Verweigerungshaltung. Er dürfte auch 2004 anhalten und den der Volkswirtschaft deutlich übertreffen.

Die Aufgabe des Arbeitsmarkts müsste es sein, die leicht durchschaubaren Motive beider Seiten so zu kombinieren, dass alle profitieren: Der Unternehmer muss mehr Gewinn als Ärger haben und der Arbeiter mehr in der Lohntüte behalten, als er durch Nichtstun bekommen kann.

Geht einer leer aus, wird der Arbeitsplatz erst wacklig und dann vom "ewigen Sturm", als den der Ökonom Joseph Schumpeter das Wirtschaftstreiben empfand, hinweggefegt. Der Betroffene landet nur leider nicht, wie von Schumpeter vorgesehen, vor dem Werktor einer anderen Firma. Der "ewige Sturm der schöpferischen Zerstörung", von dem Schumpeter so schwärmerisch sprach, weht viele für immer aus Werkhalle und Büro hinaus, so dass die Zerstörung bleibt und das Schöpferische sich einstweilen verflüchtigt hat.

Millionen Menschen sind nicht an der Wohlstandsmehrung beteiligt und tauchen stattdessen eben auf der anderen Seite der Bilanz auf. Hier sorgen sie für Wohlstandsverzehr, Wachstumsverluste, erhöhen mit jeder weiteren Million die Gefahr, dass aus dem deutschen Abstieg ein Absturz wird. Auch im politischen Leben sind die Gefahren nicht zu leugnen, dass ein ganzes System einfach kippt, aus Mangel an Zukunftsfähigkeit. Die Vollnarkose, die der heutige Sozialstaat den Betroffenen verpasst, dämpft die politische Aufmüpfigkeit. Die Betroffenen wirken zwar nicht glücklich, aber rebellisch sind sie auch nicht. Erst wenn der Staat die Dosis senkt oder aussetzt, wird es für viele ein böses Erwachen geben.

Das Münchner Ifo-Institut hat errechnet, dass im deutschen Osten 47 Prozent der Erwachsenen und im Westen 38 Prozent der Erwachsenen ihren Lebensunterhalt ausschließlich oder maßgeblich mit Hilfe der Auszahlungen des Wohlfahrtsstaats bestreiten. Ein solch ungünstiges Verhältnis von Leistungsbeziehern und Leistungserbringern hat es in der deutschen Geschichte noch nie gegeben.

Wohlstand ohne Wachstum

Nationalstolz lässt sich messen. Im Zeitalter der Kaufmannsstaaten zählen nicht Heeresstärke und Flottenverband, es ist nun eine ökonomische Zahl, die, wenn sie entsprechend schön und groß ausfällt, voller Stolz herumgereicht wird. Die "Tagesschau" eröffnet mit ihr, Politiker drucken sie in ihre Wahlprogramme, Journalisten sind glücklich, wenn sie die neueste Zahl vor allen anderen, also "exklusiv" ergatterten konnten. Das Bruttoinlandsprodukt, landläufig auch Sozialprodukt genannt, ist heute die grundlegende Maßeinheit der Wirtschaftsleistung einer Nation und zugleich die wichtigste Kennziffer im politischen Meinungskampf. Sie dient als Leistungsnachweis, wenn sie kräftiges

Wachstum zeigt, sie wird als Zeugin der Anklage vorgeführt, wenn sie sich nur knapp oberhalb der Nulllinie bewegt.

Für beide Rollen ist sie allerdings ungeeignet. Unsere Wachstumszahl, zuletzt null und in diesem Jahr wieder etwas größer, sagt nichts über den produktiven Kern unserer Volkswirtschaft. Sie verschleiert dessen Existenz sogar, weil sie nicht die Energie- und damit Leistungskraft der Ökonomie misst, obwohl eine Mehrheit von Bürgern und Politikern genau das glaubt. An Stelle des Wachstums, das die Zahl aller Zahlen neuerdings wieder anzeigt, haben wir es seit Jahren mit einer Schrumpfung zu tun. Das Bruttoinlandsprodukt spiegelt das Ausmaß dieser Erosionsprozesse nicht wider, im Gegenteil: Es verschweigt sogar den Niedergang des Landes, meldet selbst dann noch positive Werte, wenn die tatsächliche Leistungskraft bereits in den roten Bereich gedreht ist.

Unsere Wachstumszahl ist das Ergebnis einer doppelten Falschrechnung: Die Experten des Wiesbadener Bundesamts für Statistik erfassen in einer komplizierten Rechnung aus Tausenden von Einzelpositionen alles, was in diesem Land an Dienstleistungen und Waren produziert wird. Ergibt die Addition ein Plus gegenüber dem Vorjahr, freuen sich alle sehr. Je kräftiger es ausfällt, desto besser für Arbeitsplätze, Löhne und das Zukunftsgefühl.

Diese Addition ist allerdings tückisch. Die meisten Güter haben zwar ihren Preis, er steht auf dem Etikett, und die Summe taucht in den Firmenbilanzen später auf, sie sind für die Statistiker leicht zu addieren. Die Software-Ingenieure von Siemens verkaufen Software, deren Preis leicht zu erfassen ist. Er steht schließlich auf dem Etikett.

Aber die Statistiker wollen auch die Leistung des Staates erfassen und haben sich dafür einen Trick ausgedacht, der die erste große Verzerrung bringt. Die Leistung der Staatsbediensteten, ob im Arbeitsamt, auf der Meldestelle oder bei den unzähligen Genehmigungsbehörden, hat keinen Preis. Niemand erstattet eine Gebühr in Höhe der Kosten, kein Wertgutachten wurde je gefertigt, um den wahren Wert der Staatsdiener zu taxieren. Die Staatsbediensteten tauchen in den staatlichen Budgets nur als Ausgaben auf.

Die Statistiker haben sich der Einfachheit halber entschlossen, die Kosten, also den Lohn, das Papier, die Heizungsausgaben und den Computer, als Marktpreis zu betrachten. Dank dieser Verrechnungspreise, wie sie die DDR nicht besser hätte erfinden können, sind die Staatsbediensteten zu echten Schätzen in der Wachstumsbilanz geworden. Jeder zusätzliche Mann ein Gewinn, jede neue Staatsaktivität ein Aktivposten.

Würde der Staatssektor weiter ungebremst expandieren, sich der untergegangenen DDR also auch in dieser Hinsicht annähern und alle erwachsenen Menschen in Deutschland als Staatsdiener anstellen,

wäre das statistisch ein Glücksfall. Das Land wäre in unserer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung reicher und leistungsstärker geworden. Was im wahren Leben der Nation ein Nachteil ist, wird in unserer Art, das Wachstum zu messen, ein Vorteil: Denn Kosten bedeuten Wertzuwachs.

Die enorme Steigerung der Staatsaufgaben, die Verdopplung der staatlichen Aktivität seit 1950, also der Anstieg der Staatsquote von damals unter 30 auf annähernd 50 Prozent heute, ist in den Augen der Statistiker ein Wachstumsmotor der kraftvollen Art.

Der Staat blendet seine Bürger

Fehler zwei der Rechnung ist weitaus gravierender: Die Herkunft der Gelder, die der Staat zum Erwerb dieser "Werte" einsetzt, ist der Statistik gleichgültig. Die auf Kredit finanzierten Staatsausgaben behandelt die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht anders als den Produktionsausstoß der Unternehmen. Das Zahlenwerk ist damit blind gegenüber der Staatsverschuldung.

Diese Kredite, die eigentlich die Überforderung unseres Produktionsapparats anzeigen, weil sie für Ansprüche aufgenommen werden, die aus dem laufenden Geschäft nicht zu befriedigen sind, tauchen in der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts als Positivfaktor auf, der Wohlstand und Wohlergehen des Landes gemehrt hat. Es klingt verrückt, aber so ist es nun mal: Die rapide steigende Staatsverschuldung wird als Fortschritt dargestellt, obwohl sie am Abstieg des Landes nicht unwesentlich beteiligt ist.

Zur Verteidigung der Statistiker muss man sagen: Als sie ihre Gesamtrechnung entwarfen, war die Welt der Staatsfinanzen noch in Ordnung. Erst in den Siebzigern haben sich die Parteien in die Schuldenpolitik geflüchtet. Das fehlende Wirtschaftswachstum wurde nach und nach durch ein Wachstum der Kredite ausgeglichen.

Anfangs lag dem die Hoffnung zu Grunde, das Wachstum auf Pump möge das reale, das tatsächliche Wachstum der Betriebe stimulieren, durch echte Aufträge, durch Signale des Optimismus, durch eine verstärkte Kaufkraft der Konsumenten. Am Ende würde der alle Branchen erfassende Aufschwung die Kosten der Initialzündung wieder einspielen.

Heute wissen wir: Was als Krisenbewältigung begann, hat die Krise erst so richtig angefeuert. Professor Rainer Roth von der Fachhochschule Frankfurt am Main kommt zu dem durchaus zynisch gemeinten Schluss: "Statt Mittel zur wirtschaftlichen Belebung ist die Staatsverschuldung selbst die wirtschaftliche Belebung."

Stellt man ab dem Jahr 1980 die jährlichen Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts den jährlichen Wachstumszahlen der Staatsverschuldung gegenüber, sieht man, dass praktisch alle Erfolgsmeldungen aus der staatlichen Schuldenaufnahme resultieren. Jene Zahl, die uns Wirtschaftswachstum anzeigen soll, erzählt in Wahrheit die Geschichte vom Wachstum der Kredite, der Schulden, der Zinszahlungen.

Der letzte Zeitabschnitt, der echte, auf geleisteter Arbeit basierende Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts vermelden konnte, war die Zeit zwischen 1960 und 1970. Danach stieg die Staatsverschuldung derart kraftvoll an, bis sie endlich den Zuwachs der Wirtschaftsleistung überholt hatte.

Im Zeitraum 1971 bis 1980 stand einem realen Zuwachs der Volkswirtschaft von 282 Milliarden Euro noch ein Schuldenanstieg von 171 Milliarden Euro gegenüber. Deutschland wuchs, wenn auch nicht so stark, wie die Zahl suggerierte.

Kurt Biedenkopf und Meinhard Miegel waren die Ersten, die an der Seriosität der offiziellen Wachstumsziffer zweifelten. Ende der siebziger Jahre entdeckten sie, dass es seit 1975 eigentlich kein Wirtschaftswachstum mehr gegeben hatte, das diesen Namen verdient: "Ohne den Einsatz der öffentlichen Hände hätte das reale Wirtschaftswachstum nur knapp über null Prozent gelegen."

In seinem später verfassten Standardwerk "Die neue Sicht der Dinge" wird Biedenkopf deutlicher: "Schon in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre konnte das Wachstum von durchschnittlich 2,7 Prozent nur noch mit erheblicher staatlicher Unterstützung erreicht werden. Von 1975 bis 1979 gaben die öffentlichen Hände dafür 150 Milliarden DM, im Jahresdurchschnitt 30 Milliarden DM, aus. Ohne diesen Einsatz wäre die Volkswirtschaft schon damals kaum noch real gewachsen."

Doch das Spiel mit den Zuwachsraten auf Pump hatte da erst begonnen. Da die Wähler nicht nachfragten, woher eigentlich die immer neuen Steigerungen kamen, langten die Politiker aller Parteien nun erst recht zu. Im Zeitraum 1981 bis 1990, als Kanzler Kohl mit einem selbstbewussten Wachstumsversprechen ("Die Wende wählen") für sich warb, wurden 300 Milliarden Euro realer Zuwachs mit 260 Milliarden Euro neuer Kredite erkaufte. In den Jahren zwischen 1992 bis 2001, die DDR war als Neuland hinzugekommen, fiel die Scham endgültig.

Einen besseren Anlass, die Kreditfinanzierung auszuweiten, gab es kaum. So waren in den ersten zehn Jahren der deutschen Einheit schon knapp 500 Milliarden Euro neue Schulden nötig, damit wenigstens 275 Milliarden Euro als zusätzlich erwirtschaftetes Bruttoinlandsprodukt in der Bilanz

stehen konnten. In Wahrheit war die Wirtschaftskraft in dieser Zeit bereits geschrumpft, und ohne das Wachstum der Kredite hätte ein dickes Minus die Republik aufgeschreckt. So aber war zumindest der Schein von einem kleinen Wachstum erweckt worden, in der öffentlichen Debatte sprach man liebevoll von Wachstumsschwäche, obwohl es sich längst um eine Reduktion unserer volkswirtschaftlichen Leistungskraft handelte.

Spätestens da wurde denen, die hinter die Zahlenschminke schauen konnten, klar: Die Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts sind eine Wohlstands-Illusion.

Der Staat handelt wie ein Ehepaar, das den Nachbarn durch immer neue Anschaffungen zu beeindrucken sucht. Wobei das neue Auto, die neue Schrankwand, der luxuriöse Urlaub weitgehend auf Pump finanziert werden, derweil der Lohnanteil jeder Anschaffung sinkt. Auf diese Weise lässt sich eine Zeit lang ein persönlicher Aufstieg inszenieren, der in Wahrheit nur Vorbote eines Absturzes ist.

So treibt es der Staat seit längerem schon: Die geheimnisvolle Kraft, die für steigende Wachstumszahlen sorgt, liefern die Banken und die Kapitalmärkte. Nur dank der bei ihnen abgerufenen Kredite hält der Staat sein Ausgabentempo durch und hebt gar das Gesamtwachstum des Landes - zumindest auf dem Papier. Der Staat blendet seine Bürger.

Der heutige Befund ist auch deshalb so dramatisch, weil die kreditfinanzierten Staatsausgaben keineswegs für die Zukunft ausgegeben werden. Würde das Geld wirklich für Brücken und Straßen, für Flughäfen und Schienennetz, für die Altstadtsanierung und den Bau von Hightech-Centern verwandt, könnte man mit einigem Recht sagen: Hier wird der Kapitalstock des Landes aufgewertet, wie jeder Investor finanziert auch der Investor Staat einen Teil seiner Zukunftsaufgaben auf Kredit, denn die Nutzung der Infrastruktur findet morgen und übermorgen statt.

Doch es sind in Deutschland die Konsumausgaben des Staates, vor allem die Ausgaben für Sozialleistungen, die alles andere dominieren und ständig wachsen. Nur ein kleiner und noch dazu ständig schrumpfender Teil steht überhaupt für staatliche Investitionen bereit, und selbst das Aufbau-Ost-Programm hat, entgegen der öffentlichen Wahrnehmung, nur eine kurze Trendumkehr gebracht.

Das Verhältnis der staatlichen Konsumausgaben zu staatlichen Investitionen hat mittlerweile ein Verhältnis von 11 : 1 erreicht, was einen historischen Tiefstpunkt markiert. Zum Vergleich: In den USA beträgt dieses Verhältnis 4 : 1, im traditionell staatsfixierten Frankreich (8 : 1), und auch in Italien (7 : 1) liegen die Zahlen deutlich unter dem deutschen Wert.

Die Geschichte der öffentlichen Investitionen ist in Deutschland die Geschichte eines stetigen Niedergangs. Der stolze Wert von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was einem staatlichen Investitionsetat von 47 Milliarden Euro entsprach, markierte im Nachwendejahr 1992 den Höhepunkt staatlicher Schaffenskraft. Die USA und Japan lagen - auch ohne Wiedervereinigung - schon damals deutlich höher. Innerhalb der EU ist der deutsche Staat beim Investieren der trägste von allen.

Der Augenschein der Bürger deckt sich mit dem Befund der Ökonomen: Um die öffentliche Infrastruktur ist es schlecht bestellt, Schulen und Bürgerhäuser verfallen, Schwimmbäder vergammeln, die Straßen in den Städten und Gemeinden werden zunehmend löchrig, so dass in manchen Gegenden die Bürger schon selbst mit Teer und Schippe ausrückten.

Die meisten öffentlichen Gebäude - die Hochschulen, die Kasernen, Hunderte von Ämtern und Behörden - sind in einem lausigen Zustand, der von der jeweiligen Opposition beklagt wird, um ihn später dann, als Regierungspartei, weiter verkommen zu lassen. Dann klagen die anderen. Die Fakten bleiben: Die kommunalen Investitionen sind in den letzten 10 Jahren um 35 Prozent gesunken. In der vergangenen Woche wurde in Berlin eine komplette Schule geschlossen, alle 700 Schüler wurden nach Hause geschickt - wegen Infektionsgefahr. Für die ordnungsgemäße Reinigung der Schultoiletten fehlte das Geld.

Das achte Weltwunder

Insgesamt beträgt der Schuldenstand aller öffentlichen Haushalte derzeit rund 1,35 Billionen Euro, was dem Fünffachen des Bundesetats entspricht. Sollte diese Schuldenlast getilgt werden, wäre dafür die vierfache Jahresproduktion der Firmen DaimlerChrysler, Bertelsmann, Thyssen-Krupp, Siemens und Metro notwendig. Diese Schulden engen den Staat schon heute in einer kaum vorstellbaren Weise ein, was daran liegt, dass er nicht tilgt und die mit Kredit bezahlten Zinsen schon nach 14 Jahren die ursprüngliche Leihsumme erreichen. "Die Verschuldung nährt sich aus sich selbst heraus", schreibt die Bundesbank in einem ihrer Monatsberichte. Der Zinseszinsseffekt bewirkt, dass die Zinsen schnell die ursprüngliche Leihsumme übersteigen.

Für Deutschland bedeutet das: Der gesamte Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden hat sich von 1965 bis 2001 um das 28fache gesteigert, derweil die jährlichen Zinszahlungen im selben Zeitraum um das 37fache zulegten. Für Albert Einstein war der Zinseszinsseffekt "die größte Entdeckung der Mathematik", Bankier Rothschild schwärmte vom "achten Weltwunder".

Dabei ist die offizielle Staatsverschuldung, deren Höhe 1970 nur bescheidenen 20 Prozent entsprach und mittlerweile bei über 60 Prozent des Sozialprodukts liegt, nur der kleinste Teil des Schuldenbergs. Das meiste liegt unsichtbar unter Wasser, den Blicken der Öffentlichkeit entzogen:

In verschiedenen Schattenhaushalten, die so spröde Titel wie "ERP-Sondervermögen" oder "Entschädigungsfonds" erhielten, sind rund 60 Milliarden Euro an Schuldenlast versteckt.

Die Krankenkassen haben ebenfalls damit begonnen, sich auf eigene Rechnung zu verschulden.

Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau ist zum heimlichen Kreditgeber des Staates geworden; sie muss zwangsweise Aktien der noch immer halb staatlichen Unternehmen Post und Telekom kaufen, damit der Finanzminister flüssig bleibt.

Eine besondere Form der Verschuldung und wahrscheinlich der gravierendste Fall von Wählertäuschung besteht darin, den Bürgern Zusagen zu machen und für diese Zusagen als Anzahlung sogar echtes Geld einzusammeln, wissend, dass diese Zusagen unhaltbar sind. Genauso aber wird bei der Rente verfahren: Die heutige Rentenpolitik ist eine getarnte Politik der Verschuldung, denn es werden Ansprüche ausgereicht gegenüber Dritten, die in diesem Fall nicht die Banken, sondern die Bürger sind. Diese Ansprüche, mit den heutigen Einzahlungen redlich erworben, sind unerfüllbar. Angesichts der schrumpfenden Bevölkerungszahl fehlt es heute bereits absehbar an Beschäftigten, die den Rentnern von morgen das versprochene Altersruhegeld auszahlen.

Professor Bernd Raffelhüschen, ein Experte auf diesem Gebiet und Mitglied der Regierungskommission zur Sozialreform, bezifferte diese nirgends ausgewiesene Verschuldung für das Jahr 2000 auf rund 140 Prozent des Sozialprodukts. Damit wäre die inoffizielle mehr als doppelt so hoch wie die offizielle Staatsschuld.

Millionen von heute Beschäftigten kalkulieren fest mit den auf allen amtlichen Schreiben der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) errechneten Ruhegeldern. Dabei wissen alle Experten: Sie werden niemals in dieser Höhe ausgezahlt. Der Staat bleibt seinen Bürgern etwas schuldig, was sie schwer enttäuschen dürfte und viele, die ohne Privatvorsorge kalkulieren, in die Altersarmut stürzen wird. Wer nach dem Jahr 2030 aus dem Erwerbsleben ausscheidet, hat nach den Berechnungen von Raffelhüschen nur eine Mini-Rendite für seine Einzahlbeträge zu erwarten. Wer noch später zum Rentner wird, also heute jünger als 30 Jahre ist, muss mit echtem Kapitalverlust rechnen. Zumindest der ist sicher.

Minister und Kanzler stehen der Wucht der Ereignisse, den kraftvollen Prozessen der Zerstörung, so hilflos gegenüber wie Experten und Bürger. Nur in vertraulichen Runden macht sich eine Mischung aus Ratlosigkeit und Zynismus breit. Ein Mitglied des Kabinetts sagt, dass es sich von dem allseitigen

Ruf nach Klarheit und Wahrheit regelrecht überfordert fühlte: "Das erlebe ich Gott sei Dank nicht mehr. Das müssen Sie und die anderen Jüngeren dann lösen."

Dabei wird eine Lösung mit jedem Jahr, das ungenutzt verstreicht, nur schwieriger, und am Ende ist nicht ausgeschlossen, dass eine für alle erträgliche Lösung unmöglich wird. Die engen finanziellen Spielräume sind die Folge einer Politik der permanenten Gegenwart, zugleich schaffen sie die Voraussetzungen dafür, dass diese Gegenwart nicht vergeht. Die Staatsverschuldung ist der moderne Weg einer Nation, ihre Souveränität zu verlieren.

Von ihren Deutschen verlangen Schröder und Merkel gleichermaßen Realitätssinn. Es sei nicht länger möglich, sagte der Kanzler erst kürzlich bei einer Feier im Hause der Software-Firma SAP, die "radikalen Veränderungen an der ökonomischen Basis unserer Gesellschaft" weiter zu ignorieren. Wer sich jetzt - "aus Angst vor was auch immer" - versage, würde "in ganz schlimmer Weise verantwortungslos handeln".

Auch den 250 Funktionären der SPD, die sich am vergangenen Mittwoch im Willy-Brandt-Haus zur so genannten Hauptamtlichenkonferenz versammelt hatten, heizte er mächtig ein: "Wir können unser Heil nicht in der Abschottung gegenüber der Welt suchen, wir können nicht mehr zurückgehen", und selbst ein Auf-der-Stelle-Treten mochte er nicht akzeptieren: "Wer nichts tut, macht alles nur schlimmer."

Seine Gegenspielerin wird ihn zumindest für seinen Reformeifer nicht attackieren. Sie hat es schon bisher nicht getan.

Schaut sie auf Deutschland, fühlt Angela Merkel sich zuweilen an die Endphase der DDR erinnert. Sie hat es ja am eigenen Leibe erfahren, was es bedeutet, wenn aus einem Abstieg ein Absturz wird. "Auch wir heute", sagt sie, "leben bereits von der Substanz."

Ein wichtiger Unterschied zur DDR allerdings besteht. Er ist bedrohlich und beruhigend zugleich: Die Eliten des Landes sind heute von der Notwendigkeit einer grundlegenden Reform überzeugt - nur das Volk ist es nicht. Es verhält sich in großen Teilen ähnlich uneinsichtig wie einst Erich Honecker, der in der jüngeren Geschichte den wohl beeindruckendsten Fall von Selbsttäuschung lieferte.

In seinen "Moabiter Notizen", verfasst nach dem Ende der DDR, beschrieb er die arglose, fast beschwingte Stimmung zum Jahreswechsel 1988: Wie am Fließband habe er vormittags Neujahrstelegramme verfasst, nachmittags noch schnell eine Sitzung des Zentralkomitees absolviert. Sein Gefühl 21 Monate vor dem Ende der DDR: "So weit schien alles im Lot zu sein."

(aus: DER SPIEGEL 12/2004 - 15. März 2004)

Der deutsche Irrweg

Die Ursachen der Dauerkrise wurzeln tief in der Nachkriegsgeschichte. Der Wohlfahrtsstaat wurde von Christ- und Sozialdemokraten falsch konstruiert, mit der Einheit haben sich die Erosionsprozesse enorm beschleunigt. Ein Wiederaufstieg ist denkbar - aber nur als Neustart. Von Gabor Steingart

Sein großes Ziel sei es, "so sozial" zu handeln "wie irgend möglich". Dies werde der "oberste Leitstern" seiner Regierung sein. So redete Konrad Adenauer in seiner Regierungserklärung 1949, deren Grundidee von allen Kanzlern danach übernommen wurde. Den großen Worten folgten noch größere Taten, was dem Land nicht gut bekommen ist.

Der Alte aus Rhöndorf war somit der Erste, der sich in die Chronik des Niedergangs einschrieb. Zwar steuerte er die junge Bundesrepublik in das westliche Staatenbündnis, was eine Minderheit toben und eine Mehrzahl der Deutschen ruhiger schlafen ließ: Westverträge, Wiederbewaffnung, Nato-Beitritt, Aussöhnung mit Frankreich und Israel. "Das Maß an Erfolg war fast unbegreiflich", urteilte der Historiker Golo Mann.

KONRAD ADENAUER von 1949 bis 1963

Die Ära des Alten war innenpolitisch geprägt vom Wirtschaftswunder, dem ein Sozialstaatswunder folgte. Die 1957 verabschiedete Rentenreform wurde von ihm falsch konstruiert, so dass die Nichtfinanzierbarkeit der Altersvorsorge für alle Experten absehbar war. Adenauers schärfster Kritiker war sein Wirtschaftsminister und Nachfolger im Bundeskanzleramt, Ludwig Erhard.

Über den Sozialpolitiker Adenauer aber spricht heute niemand mehr. Die CDU lässt die Erinnerung bewusst verblassen. Denn er legte den Grundstein für jenes windschiefe Gebäude, das in seinen besseren Tagen "Modell Deutschland" genannt wurde und dessen Fundamente mittlerweile mächtig ins Rutschen geraten sind.

Er konstruierte - wenn nicht vorsätzlich, dann fahrlässig - eine Ausgabenmaschine, die von Anfang an ohne ausreichende Rückkoppelung zur ökonomischen Basis ihre Ansprüche verteilte. Er ließ die Energie schneller aus dem produktiven Kern absaugen, als es dessen Wachstum erlaubte.

Von 1950 bis 1964 vervierfachte sich die Wirtschaftskraft. Die Summe der Sozialleistungen aber hatte sich von 17 Milliarden Mark im Jahr 1950 auf 115 Milliarden im Jahr 1965 mehr als versechsfacht. Der Anteil der Sozialleistungen am gesamten Bruttosozialprodukt war damit von 17 Prozent auf 23 Prozent gestiegen - nach der Rechnung von Ludwig Erhard war das schon damals ein Weltrekord.

Der Sozialstaat war doppelt so groß wie im Deutschland der zwanziger Jahre, womit dem Wirtschaftswunder - wie von Adenauer gewünscht und von Erhard befürchtet - ein Sozialstaatswunder gefolgt war.

Das wirkliche Herzstück der Adenauerschen Sozialpolitik war die Rentenpolitik. Großzügig, mutig und, wie man heute weiß, unverantwortlich.

Die Lage der Rentner war alles andere als rosig. Sie hatten vom beginnenden Wirtschaftswunder bis dahin kaum profitiert. Die Hyperinflation der zwanziger Jahre und die staatlich verordneten und später wertlosen Anleihen der Nazi-Zeit hatten das Vermögen der Rentenversicherung weitgehend vernichtet.

Der Tresorraum der Bismarckschen Rentenversicherung war praktisch leer. Der Reichskanzler hatte seinerzeit eine kapitalgedeckte Sparrente installiert.

Adenauer sann auf Abhilfe. Es war schließlich sein Sohn Paul, der dem Alten auf die Sprünge half. Er schickte im Sommer 1955 dem Vater an seinen Schweizer Urlaubsort Mürren eine kleine Broschüre, die der Nationalökonom und Geschäftsführer des Bundes Katholischer Unternehmer, ein bis dahin unbekannter Professor Wilfried Schreiber, verfasst hatte. In ihr ging es um den "Solidarvertrag zwischen jeweils zwei Generationen". Ein verlockender Gedanke lag dem Konzept zu Grunde: Die Wirtschaft florierte, die Arbeitseinkommen stiegen, und eine Koppelung der Renten an die Arbeitseinkommen musste zwangsläufig zu einem deutlichen Anstieg auch der Altersruhegelder führen.

Mit einem Rentenbeitrag, der allen vom Einkommen abgezogen würde, ließen sich die erforderlichen Milliarden schnell aufbringen. Die Experten sprachen vom Umlageverfahren. Statt langer

Ansparzeiten wären die Rentner mit einem großen Schubs in der Wirtschaftswunderwelt angekommen. Auch die noch aktiven Arbeiter und Angestellten brauchten sich nicht länger zu sorgen, ihr gerade begonnener ökonomischer Wiederaufstieg wurde mit einem politischen Federstrich in den Lebensabend hinein verlängert.

Sein Modell bedeute "nichts anderes, als dass die selbstverständliche Solidarität der Lebensalter, die sich in der wirtschaftlich viel einfacher strukturierten vorindustriellen Zeit mühelos in der Großfamilie vollzog, auf die größere Solidargemeinschaft der Sozialversicherten übertragen wird", erläuterte Schreiber der Regierung. Der Jahrhundertirrtum, der nun folgte, wurde von Adenauer in Kauf genommen. Das Konzept des Ökonomen setzte er nur zur wählerwirksamen Hälfte um, den anderen, ökonomisch bedeutenderen Teil hat er kurzerhand amputiert.

Alle Erwerbstätigen, so der Ursprungsplan, sollten in das neue System einzahlen, also auch Freiberufler und Selbständige aller Art, wie Apotheker, Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Doch die Regierung entschied anders: Der Großteil der Gutverdiener blieb weiter in der kapitalgedeckten Privatversicherung. Der wirtschaftlich leistungsstarke Personenkreis war damit außen vor.

Für Schreiber stand im Zentrum ein Drei-Generationen-Modell, das Kinder, Eltern und Großeltern einbezog. Der Schreiber-Plan sah eine Rentenkasse und eine Kinderkasse vor, so dass beide Generationen, die nicht zur Wertschöpfung beitrugen, die Rentner und die Kinder, kollektiv abgesichert waren. Der berufstätige Familienvater zahlte für den Opa und kassierte für das Kind. Der Alleinstehende zahlte für beide.

Schreiber ging davon aus, dass Kinder zwingend Teil des Generationenvertrags sein müssten; der Staat dürfe aus systematischen Gründen nicht das eine Risiko (Altwerden) kollektiv absichern und das andere Risiko (Kinderkriegen) zur Privatsache erklären. Beide seien "gleichzeitig" und "gleichrangig" zu berücksichtigen, wolle man die ohnehin absehbaren Schwierigkeiten einer schrumpfenden Bevölkerung nicht noch befördern.

Doch Adenauer lehnte jede Absicherung dieser Art ab. "Kinder kriegen die Leute immer", erwiderte er den Kritikern in den eigenen Reihen.

Adenauer-Skeptiker Erhard kämpfte bis zuletzt. Die eher wackelige staatliche Lohnrente müsste, so drängten Schreiber und er, wenigstens durch eine private Sparrente ergänzt werden. Nur durch dieses Zwei-Säulen-System könnte man von beidem profitieren: von den Kindern und vom verzinnten Kapital.

Der mittlerweile 80-jährige Adenauer entschied einseitig zu Gunsten seiner Generation, die sich damals komplett im Ruhestand befand. Er setzte die Vollrente durch, dies entsprach einem Altersgeld in Höhe von rund 70 Prozent des letzten Nettolohns. So kam der gesamte Rentenbeitrag, der fortan von den Beschäftigten erhoben wurde, ungeschmälert den sieben Millionen Rentnern des Jahres 1957 zugute - wenige Monate vor den Wahlen wurde ihnen ein Milliardensegen annonciert.

Insgesamt verdoppelten sich die Rentenzahlungen nahezu - im ersten Jahr des neuen Systems von 8 Milliarden auf fast 14 Milliarden Mark. Die Familien gingen leer aus. Das Kinderkriegen war für sie fortan ein ökonomisches Verlustgeschäft.

Die Opposition, die eben noch gegen die Westintegration gewütet hatte, nahm diese Radikalreform widerspruchslos hin. Bei der Verabschiedung des "Generationenvertrags" am 22. Januar 1957 um kurz nach Mitternacht hatten sich CDU/CSU und SPD zu einer großen Gesetzgebungscoalition zusammengetan, zum ersten Mal. "Wir Sozialdemokraten sind glücklich, dass Epochemachendes in einem Gesetz verwirklicht wird", rief ein freudig erregter Ernst Schellenberg, SPD-Parlamentarier aus Berlin, den "lieben Kollegen" von der anderen Seite des hohen Hauses zu.

Der Tag der großen Rentenreform, die das Bismarck-System mit einem Paukenschlag beseitigte, war kein guter Tag für Deutschland. Die Mehrheit irrte.

Adenauers Motive waren offenkundig: Es ging ihm um Machterhalt und Machtausbau. Er selbst sprach von "Wahlkampfespeck". Er fuhr 1957 den größten Wahlsieg der CDU-Geschichte ein, holte die absolute Mehrheit. Das Meinungsforschungsinstitut Allensbach registrierte eine Euphorie im Wahlvolk wie nie zuvor: "Bisher ist kein Beispiel dafür bekannt, dass irgendein Gesetz, eine Institution oder sogar Verfassung und Symbole des Staates eine auch nur annähernd so positive Resonanz gehabt haben wie die Rentenreform."

Der im August 1991 verstorbene Volkswirt und Jesuitenpater Professor Oswald von Nell-Breuning, ein namhafter Vertreter der Katholischen Soziallehre und Mitverfechter der damaligen Rentenreform, ist der einzige Akteur, der später den Jahrhundertirrtum

als solchen benannte. Er forderte die Politiker zum Abschied vom sozialen Erbe der Ära Adenauer auf.

Die politische Führung sollte endlich vor das Volk treten und die Wahrheit aussprechen: "Liebe Leute, was wir euch da erzählt haben von der bruttolohnbezogenen Rente, ist Unsinn. Wir haben den Unsinn selbst geglaubt. Wir haben den Strukturwandel im Altersaufbau der Bevölkerung nicht vorausgesehen, und wir haben seine Bedeutung völlig verkannt. Aber wir Politiker sind nur Menschen, und Menschen können sich irren."

Willy wählen!

Entspannt in die Krise

Beide SPD-Kanzler, Willy Brandt und Helmut Schmidt, eiferten dem Alten nach - und tappten geradewegs in die Globalisierungsfalle.

Die Geschichte ihres doppelten Scheiterns begann irgendwo in Asien. Denn Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre hatte sich Großes ereignet. Wieder mal wurde Weltwirtschaftsgeschichte geschrieben, nur anderswo.

Ein Kontinent, den man mit Ausnahme Japans zur Dritten Welt zählte, zeigte erstmals seine Muskeln. Die Asiaten waren hungrig nach Arbeit, Wohlstand, Aufstieg, ihre Volkswirtschaften hatten 1970 gerade in einem ersten eruptiven Schub den Warenausstoß enorm erhöht.

WILLY BRANDT, HELMUT SCHMIDT von 1969 bis 1982

Die beiden SPD-Kanzler haben den Sozialstaat weiter ausgebaut, zunächst schwungvoll, später mit verminderter Geschwindigkeit. Die Schulden des Bundes stiegen vom ersten Brandt-Jahr bis zum letzten Schmidt-Jahr um 514 Prozent auf umgerechnet 158 Milliarden Euro.

Die Wall Street half den asiatischen Angreifern mit immer neuen Kapitalspritzen auf die Beine. Erst das plötzliche Aufeinandertreffen von motivierten Arbeitskräften und frischem Kapital sorgte für jene Wachstumsraten, die man später als "asiatisches Wunder" empfand. Nicht mehr nur fertige Produkte wie Kühlschränke, Autos, Gewürze und Teppiche wurden um die Welt geschickt, das Kapital selbst machte sich auf den Weg. Heute wissen wir:

Die Globalisierung entzieht dem industriellen Kern der entwickelten Länder einen Teil des bisher dort investierten Kapitals, weil die Kapitalrentabilität andernorts höher ist. Sie jagt die Welt in einen Wettbewerb der Investitionsstandorte.

Die Globalisierung bringt damit auch Menschen unterschiedlicher Kontinente in Konkurrenz zueinander. Vor allem einfache Tätigkeiten geraten unter Kostendruck, derweil viele hoch qualifizierte Jobs davon unberührt bleiben. Die Globalisierung spaltet den Arbeitsmarkt.

Dem Sozialstaat, der bisher in Deutschland von neuen Jobs mit neuen Sozialabgaben lebt, wird so der Nachschub entzogen. Während seine Einnahmen sinken, steigen mit der Arbeitslosigkeit seine Ausgaben. Die Globalisierung trocknet den Wohlfahrtsstaat alter Prägung aus.

In Deutschland sollte es noch ein Jahrzehnt dauern, bis das Wort "Globalisierung" Einzug in den Sprachgebrauch hielt. Und noch ein weiteres Jahrzehnt würde ins Land gehen, bis Helmut Schmidt, im Gespräch mit Pulitzerpreisträger Daniel Yergin, zugeben konnte, die Wucht der Ereignisse seinerzeit unterschätzt zu haben: "Ich sah nicht die großen Veränderungen. Ich glaubte nicht so recht an den Erfolg Japans oder der Tigerstaaten."

In dem wohligen Glauben, ein Wirtschaftswunder vollbracht zu haben, wandte sich das Land mental von der Weltwirtschaft ab. Es geschah das, was im Angesicht der bevorstehenden Gefahr besser unterblieben wäre: Der traditionelle, über Aufschläge zum Arbeitslohn finanzierte Sozialstaat wurde ausgebaut, die einfache Arbeit weiter verteuert, die alten, nun kriselnden Industrien subventioniert.

Eine beispiellose Expansion des Sozialstaates kam in Gang, in dessen Zentrum nicht die Minderbemittelten der Gesellschaft standen, sondern jene "neue Mitte" aus Arbeitern und Angestellten, von der Brandt als Erster sprach und die das Fundament der neuen Regierung gelegt hatte.

Die "volle und zwingende Lohnfortzahlung im Krankheitsfall" wurde 1969 für Arbeiter per Gesetz auf 100 Prozent festgelegt. Die Bezüge aus der Arbeitslosenversicherung stiegen ebenfalls, auf nunmehr knapp 70 Prozent des letzten Nettogehalts. Neue Arbeit war nur dann zumutbar, wenn sie in etwa dem vorherigen Beruf und dessen Bezahlung entsprach. Die Sozialhilfe wurde massiv aufgestockt, von monatlich 117 Mark im Jahr 1965 auf 254 Mark im Jahr 1975, und ebenso wie unter Adenauer die Renten wurde nun auch sie "dynamisiert": Stiegen die Löhne, stieg auch der Lohnersatz. Die Sozialhilfe entwickelte sich damit zum Mindestlohn.

Es kam zwar nicht der Sozialismus, wie etliche befürchtet und andere gefordert hatten, aber ein kräftiger Ausbau des Sozialstaats. Es gab keine Investitionslenkung, nur staatliche Investitionsprogramme. Und immer neue Schulden gab es auch.

Betrug die Staatsschuld des Bundes 1966 noch knapp 20 Milliarden Euro, war diese Summe 1970 bereits um ein Viertel gestiegen. Am Ende, als die Generation Willy im Mai 1974 abtrat, wurde die Rechnung präsentiert: noch mal ein Plus bei der Staatsverschuldung gegenüber 1970 von mehr als 45 Prozent.

Der Sozialstaat konnte damit seinen Spitzenwert, den er schon unter Adenauer erreicht hatte, weiter ausbauen. Wurden 1950 erst 17 Prozent des deutschen Sozialprodukts, also die Summe aller im Lande erwirtschafteten Waren und Dienstleistungen, fürs Soziale ausgegeben, waren es 1970 bereits 25 Prozent und 1980 sogar schon über 30 Prozent. Der Sozialstaat wuchs damit doppelt so schnell wie die Volkswirtschaft. Und er kannte im Wesentlichen nur einen Finanzier: die lohnabhängig Beschäftigten.

Karl Schiller, der Superminister für Wirtschaft und Finanzen, hatte die Überdehnung der Volkswirtschaft früh erkannt. "Lasst die Tassen im Schrank", rief er 1971 dem SPD-Sonderparteitag in der Bonner Beethovenhalle zu, ohne jede Resonanz.

Wund gescheuert trat der Professor zurück, später verließ er auch die Partei. Am 2. Juli 1972 legte er schriftlich seine Rücktrittsmotive nieder: "Ich bin nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebe nach dem Motto: Nach uns die Sintflut."

Dem Kanzler fehlten Kraft und Wille, seine Partei zu zähmen. Den großen Erfolgen des Außenpolitikers Brandt, der den Deutschen passgenau zur Adenauerschen Westintegration die Ostausöhnung lieferte, steht in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik nichts Vergleichbares gegenüber. Nahezu die gesamte Politik dieser Jahre muss heute rückabgewickelt werden, unter enormen Entzugsschmerzen.

Bereits im Mai 1974 war die Regierung ausgebrannt. Mit den Worten "Der Helmut muss das machen" übergab die SPD-Ikone das Kanzleramt an Finanzminister Schmidt.

Der hatte zwar keine Chance - aber er nutzte sie. Seine Politik schwankte zwischen ökonomischer Erkenntnis und politischem Zwang, zwischen Haushaltskonsolidierung und versuchter Stimulierung am Arbeitsmarkt. Mal beschloss das Kabinett den Rückbau des Sozialstaats und wenig später ein neues Investitionsprogramm.

Was Adenauer mit Erhard, Brandt mit Schiller auszukämpfen hatte, das Ringen mit einer politischen Rationalität also, die der ökonomischen oft den Weg versperrt, musste Schmidt mit sich selbst ausmachen. Die Rangfolge allerdings blieb die gleiche: Der Kanzler Schmidt dominierte den Ökonomen Schmidt, wie sich an der immer gleichen Abfolge von Widersprüchen in der Wirtschaftspolitik ablesen lässt.

Gemessen an den volkswirtschaftlichen Daten stand das Land nach Schmidts Abgang schlechter da als vorher. Das Wachstum hatte sich seit Beginn der siebziger Jahre spürbar verlangsamt, 1974 wuchs die Volkswirtschaft nur noch um unsichtbare 0,2 Prozent, bevor 1975 mit minus 1,3 Prozent erstmals ein nennenswerter Schrumpfungsprozess zu vermeiden war.

Der Arbeitsmarkt begann sich zu verkleinern, die alten Industrien im Ruhrgebiet und an der Küste bauten ab, in den modernen Industrien - Automobilbau, Chemieproduktion, Maschinenbau - wurde rationalisiert wie nie zuvor. Die Zeit der Vollbeschäftigung war unweigerlich vorbei. Waren 1971 erst knapp ein Prozent aller Erwerbsfähigen arbeitslos, stieg diese Quote 1974 auf 2,6 Prozent und dann bis auf 5,5 im Jahr 1981.

Das Kapital veränderte seine Fließrichtung. 1971 bis 1974 waren die letzten Jahre, in denen sich das nach Deutschland hineinströmende und das herausströmende Kapital die Waage hielten - dann kam der Bruch: Der Strom des hereinfließenden Geldes wurde schmaler, der Strom des herausfließenden Geldes verbreiterte sich enorm, plus 100 Prozent bis 1981, plus 700 Prozent bis zum Jahr 1991. Die Arbeitslosigkeit war von 580 000 im ersten Schmidt-Jahr auf 1,8 Millionen im letzten Jahr seiner Regierung gestiegen. Die Staatsverschuldung hatte sich im gleichen Zeitraum

fast vervierfacht. Als Schmidt abtreten musste, wählte die Gesellschaft für deutsche Sprache den Ausdruck des Jahres: "Talfahrt der Wirtschaft". Aufbau Ost

durch Abbau West

Während der 16-jährigen Amtszeit Helmut Kohls haben die Deutschen drei verschiedene Kanzler erlebt, wovon der mittlere die anderen deutlich überragte. Kohl I. wäre kaum der Erinnerung wert. Den dritten hätte es ohne den zweiten wahrscheinlich gar nicht mehr gegeben.

HELMUT KOHL von 1982 bis 1998

Der Einheitskanzler hat keines der ökonomischen Probleme entschärft. Seine Bilanz nach 16 Jahren: Staatsverschuldung - plus 240 Prozent; Arbeitslosigkeit - plus 60 Prozent im Westen. In Ostdeutschland entstand eine allein nicht lebensfähige Transferökonomie.

In Phase eins, die mit der Amtsübernahme im Oktober 1982 begann und im Sommer 1989 endete, war Kohl der Kanzler des Erwartbaren. Mit Hilfe eines weltweiten Aufschwungs gelang es ihm, die Neuverschuldung des Bundes erstmals seit langem wieder sinken zu lassen - von 31,5 Milliarden Mark im Jahr 1983 auf knapp 23 Milliarden Mark 1985 und 1986. Ein schöner Erfolg - der allerdings Episode blieb.

In der erneut einsetzenden Wirtschaftsflaute stieg die Kreditaufnahme des Bundes wieder an, von 27,4 Milliarden Mark im Jahr 1987 auf erneut über 35 Milliarden Mark in 1988. Kohl hatte ein paar schnelle Etatkürzungen mit Reformen verwechselt.

Früh wusste man über ihn Bescheid: Er war Kostendämpfer und Ausgabenbremser, aber nicht Staatssanierer. Das Inszenieren von Tatkraft lag ihm deutlich mehr als das tatsächliche Tun. Was auch immer Kohls "geistig-moralische Wende" bedeuten sollte, mit der er am Anfang sein Dahinregieren zu erleuchten versuchte, eine Kanzlerschaft der Reformen bedeutete sie nicht. Der neue Kanzler war ein Mann von dröhnendem Mittelmaß.

Mit bloßem Auge ist der Regierungswechsel von Schmidt zu Kohl auf dem Armaturenbrett der Volkswirtschaft kaum zu erkennen: Die gesetzlichen Lohnnebenkosten stiegen weiter - von 34 Prozent des Bruttogehalts im ersten Regierungsjahr auf 36 Prozent im letzten Jahr vor der deutschen Einheit. Die Schuldenquote, die Summe der Schulden im Verhältnis zum Inlandsprodukt, lag an keinem einzigen Kohl-Tag unter dem, was die Sozial-Liberalen ihm vererbt hatten.

"Der Wahrheit halber sollte angemerkt werden", so Wolfgang Schäuble rückblickend, "dass die Regierungszeit der Union mit allergrößter Wahrscheinlichkeit bereits 1990 geendet hätte, wenn nicht der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung die Karten völlig neu gemischt hätten." In der eigenen Partei war damals von "Kanzlerdämmerung" die Rede, ohne dass Kohls Sonne bis dahin wirklich gestrahlt hätte. Die Geschichte gab dem Pfälzer eine zweite Chance: Im Herbst 1989 trat zwar kein neuer, aber doch ein anderer Kohl vor das Publikum. Kohl II. stellte das Zaudern ein, nutzte die historische Gelegenheit. Die deutsche Wiedervereinigung war ohne Zweifel politisch, historisch, kulturell und sicherheitspolitisch ein Zugewinn.

Ökonomisch war sie nicht nur ein schlechtes Geschäft, sie war ein Desaster. Rund 108 000 Quadratkilometer Land mit 16 Millionen Menschen sind hinzugekommen - deren Wohnungsbestand zu 70 Prozent aus der Zeit vor Gründung der DDR stammte und deren gesamtwirtschaftliche Produktivität bei weniger als einem Drittel der Westdeutschen lag. Kein Wunder also: Von den alten Industriearbeitsplätzen hat nur ein Viertel überlebt.

Die erweiterte Bundesrepublik ist seither ein Land, dessen unproduktive Kruste sich über Nacht enorm ausgeweitet hatte, ohne dass der Energiekern nennenswerten Zuwachs erhielt. Aus der kaum gewachsenen Kernenergie, erwirtschaftet von 27,5 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und 2 Millionen Selbständigen, muss nun eine zweistellige Millionenzahl an Ostbürgern mitfinanziert werden.

Jährlich beliefert der Westen, so die derzeitige Lage, die fünf neuen Bundesländer mit einem Geldgeschenk von rund 85 Milliarden Euro. Weitere knapp 28 Milliarden kommen durch Kredite der Ostländer und andere Kapitalimporte hinzu, so dass die ehemalige DDR ein Drittel der von ihr konsumierten Güter über Steueraufschläge (Solidaritätszuschlag) und gestiegene Sozialabgaben direkt aus dem Kraftzentrum der deutschen Volkswirtschaft absaugt, was die unternehmerische und private Rentabilität der Arbeitsplätze dort spürbar verschlechtert. Nur 18 Milliarden Euro von den insgesamt 113 Transfermilliarden pro Jahr sind privat investiertes Geld.

Politisch hat der Westen dem Osten sein System übergestülpt, kulturell beharrt er auf Hegemonie. Doch in ökonomischer Hinsicht wurde der Westen im Zuge der Wiedervereinigung zur Kolonie des Ostens. Der zwangsweise erhobene Solidaritätszuschlag und die Sonderleistungen im Rahmen der Sozialkassen entsprechen der von den deutschen Kolonialherren 1912 in Deutsch-Ostafrika eingeführten "Eingeborenen-Kopfsteuer".

Der wichtigste Unterschied ist die Höhe der Zahlungen: Alle fünf großen deutschen Überseebesitzungen - Kamerun, Togo, Neuguinea, Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika - brachten dem Deutschen Reich zu besten Zeiten nur rund 55 Millionen Mark, was heute knapp 300 Millionen Euro entsprechen würde. Die Ex-DDR kassiert im Westen weitaus beherzter ab, um jene "Einheit in Würde" zu erreichen, die der letzte Parteichef der Ost-CDU,

Lothar de Maizière, von Kohl gefordert hatte.

Jährlich liefert Westdeutschland rund 4,6 Prozent seines Warenausstoßes im Osten ab, was etwa einem Drittel des Bundeshaushalts entspricht. Da der Westen selbst gar nicht um 4,6 Prozent wächst, sondern in den vergangenen drei Jahren fast stagnierte, erfolgt die Belieferung des Ostens aus der

Substanz, was sich mittlerweile mit bloßem Auge am Zerfall der öffentlichen Infrastruktur (des Westens) erkennen lässt.

Der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi urteilt: "Diese Leistungen zehren seit Jahren an der Wirtschaftskraft des ganzen Landes. Im Westen, dem Kraftzentrum, beginnen Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen unmittelbar zu leiden."

Der Osten zapft seine Westkolonie keineswegs zur Ertüchtigung der eigenen Wirtschaftskraft an, wie Kohl gehofft hatte. Die Milliarden fließen zu zwei Dritteln in den Konsum der Ostbürger, werden ausgegeben für Renten, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Kindergeld.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geht kontinuierlich zurück, "ohne dass sich eine Verlangsamung der Fallgeschwindigkeit und eine Bodenbildung abzeichnen würden", sagt der Chef des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn. Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit hat sich die Zahl der Beschäftigten von 1990 bis 1994 um ein Viertel reduziert und ist seither noch mal um knapp 20 Prozent gefallen.

Kohl konnte diese Fehlsteuerungen nicht erkennen, als er die Währungsunion verhandelte, den Staatsvertrag unterschrieb und den Solidarpakt mit den Ländern schmiedete. Danach aber konnte er sie sehen, hören, fühlen, wenn er nur offenen Auges sein Land bereist hätte: Aber er wollte nun nichts mehr sehen, hören, fühlen.

Die Bilanz der gesamten Ära ist ökonomisch verheerend: die Staatsverschuldung - plus 240 Prozent, die Arbeitslosigkeit allein im Westen - plus 60 Prozent, das Wachstum erschlafft - und nicht eines der ökonomischen Probleme, mit deren Lösung er 1982 beauftragt worden war, hatte er entschärft.

So führte der dritte Kohl noch hinter den ersten zurück. Kohl III. war eine eher traurige Gestalt, der seine stolzesten Momente dann erlebte, wenn er auf Gedenkfeiern und Auslandsreisen an sich selbst erinnern konnte. Die Tragik des Mannes liegt in der Ambivalenz seiner Bilanz. Deutschland wurde von Kohl vereint - und entscheidend geschwächt. Was tun, Kanzler?

Auf SPD-Kanzler Gerhard Schröder ruhten von Anfang an große Reformhoffnungen. Zumal dieser Kanzler, anders als sein Vorgänger, etwas von Wirtschaft versteht. Er ist die entscheidenden Jahre seiner Karriere im Windschatten von Industriekapitänen und Mittelständlern gesegelt. Die Beschimpfungen durch die eigene Klientel als "Auto-Politiker" und "Genosse der Bosse" trug er wie Ehrennadeln. Er weiß, was sie wollen. Er weiß, was sie wissen. "Der Prozess der Reformen ist unumkehrbar", sagt Schröder heute.

Unterstützt und ermuntert von SPD-Fraktionschef Franz Müntefering, der vom 21. März an auch die Partei führt, startete der Kanzler im März vergangenen Jahres die Agenda 2010, ein Kürzungsprogramm im Bereich des Sozialstaats, das zugleich am Arbeitsmarkt für mehr Beweglichkeit sorgen sollte. Das Ergebnis dieser kräftezehrenden Operation steht allerdings bisher in keinem vernünftigen Verhältnis zum Energieaufwand. Verwundern kann das nicht: Die rot-grüne Bundesregierung setzte auf kleine Schritte der Kostendämpfung im alten, überholten, nicht lebensfähigen Modell und sorgte so für einen enormen Unruheschub in der Wählerschaft, ohne jeden Erfolg an der ökonomischen Basis der Volkswirtschaft. Die Beiträge zu den Sozialkassen steigen nach derartigen Reförmchen in der Regel schon nach kurzer Zeit wieder an, der Arbeitsmarkt hat auf keinen dieser Trippelschritte bisher reagiert: Trotz Ich-AG, Mini-Jobs und Personal-Service-Agenturen steigt die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter an. Die richtigen Sparbeschlüsse im falschen System nützen eben nicht viel, weil der Faktor Arbeit in seiner Wettbewerbskraft durch sie nicht spürbar verändert wird.

Ohne zusätzliche Beschäftigung aber tritt keine Entlastung für die Sozialkassen ein, und auch das so sehnsüchtig erhoffte Wachstum ist nur noch mit der Lupe zu erkennen. Für das erste Quartal 2004 prognostizierte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin am vergangenen Mittwoch nur eine Zunahme des BIP von 0,1 Prozent.

Die Schlüsselfrage aller Reformüberlegungen wurde bisher nicht gestellt: Wie gelingt es, den produktiven Kern des Landes zu vergrößern? Nur wer es schafft, im Zentrum der Volkswirtschaft wieder Wachstum zu erzeugen, also die Energieintensität im Innern zu erhöhen und den Energieverbrauch in den Außenbezirken entsprechend zu senken, kann den Abstieg des Landes stoppen. Zwei Punkte sind hierfür von Bedeutung:

1. Jede Arbeit ist besser als keine: Da menschliche Arbeit die einzige Quelle für wachsenden Wohlstand ist, muss die Politik sich sehr bewusst für das Prinzip "Arbeit zuerst" entscheiden. Das Stilllegen menschlicher Arbeitskraft - ob durch ABM-Programme, Arbeitszeitverkürzung, Frühverrentung oder andere Maßnahmen der Sozialpolitik - hat zu unterbleiben.

2. Sozialstaat ja - aber anders. Bislang hat jede Regierung zwei Dinge getan: Der Faktor Arbeit wurde durch neue Sozialabgaben verteuert und die leicht zugänglichen Lohnersatzleistungen ausgeweitet. Eine Reformregierung muss das Gegenteil tun: den Zugang zu diesen Ersatzlöhnen begrenzen und den Faktor Arbeit weitgehend von den Sozialaufschlägen befreien. Der Arbeitsplatz würde wieder ein Ort der Wertschöpfung, keine Außenstelle des Wohlfahrtsstaates.

Die Kosten des einen und des anderen wären entkoppelt.

Für den Schutz vor den Risiken Krankheit, Alter und Pflegebedürftigkeit wäre künftig die gesamte Gesellschaft verantwortlich, nicht mehr allein der Beschäftigte. Ein System, das bislang aus Zwangsbeiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern besteht, würde in ein System umgewandelt, das sich aus minimalen Sozialaufschlägen, privaten Prämien und allgemeinen Steuern finanziert. Die internationalen Experten sprechen vom "welfare mix", der heute alle erfolgreichen Sozialstaaten auszeichnet.

Es geht hier zu Lande um ein Volumen von über 350 Milliarden Euro, das heute im Wesentlichen auf den Erwerbstätigen lastet und dessen größter Brocken künftig von allen erwachsenen Deutschen aufgebracht werden müsste. Das ist weder bequem noch politisch leicht zu bewerkstelligen. Aber eine wirkungsvolle Alternative gibt es nicht.

Der Sozialstaat des "Modells Deutschland" war die Antwort auf eine nationale, industrialisierte Vollerwerbsgesellschaft mit hohem Wirtschaftswachstum. Die Erwerbsarbeit ist heute doppelt unter Druck - von außen und von innen. Standen 1980 noch jedem Rentner vier Beschäftigte gegenüber, werden es 2050 nur noch 1,2 Beschäftigte sein. Dem Sozialstaat heutiger Prägung, der sich verzweifelt an die Erwerbsarbeit klammert, wird schon dadurch die Grundlage entzogen.

Nur die Entkoppelung des Wohlfahrtsstaates von der Arbeitswelt zieht aus beiden Entwicklungen - der globalen Lohnkonkurrenz und der Überalterung der deutschen Gesellschaft - die klare Konsequenz. In den meisten westlichen Industrieländern mit überdurchschnittlich hoher Beschäftigungsquote und unterdurchschnittlich niedriger Arbeitslosigkeit sind diese weitgehend entkoppelten Welten Realität.

Die internationale Forschung zu den Ursachen und Ausprägungen von Massenarbeitslosigkeit ist längst zu dem Ergebnis gekommen, dass die strukturelle, die verhärtete und durch keinen Aufschwung zu beeindruckende Arbeitslosigkeit einer "path dependency" unterliegt, also abhängig ist vom Pfad der eingeschlagenen Sozialstaatsfinanzierung.

Deutschland, und das erklärt den Niedergang des Landes, verteidigt hartnäckig wie kein anderes Land des Westens sein "Modell", versucht es zu retten, nicht zu reformieren: "Den Mittelpunkt zur Absicherung der Risiken Alter, Arbeitslosigkeit und Krankheit innerhalb des bundesstaatlichen Wohlfahrtssystems stellt auch nach mehr als 20 Jahren des Umbaus die lohnzentrierte staatliche Sozialleistungspolitik dar", urteilt das Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen. Es hat in Deutschland viele Reformen gegeben, aber nicht eine Revolution.

Anders sieht es in jenen Staaten aus, die mit deutlich geringeren Arbeitslosenzahlen beeindrucken - bei unterschiedlichster Höhe der Sozialausgaben. Denn das Entscheidende ist nicht das Volumen des nationalen Sozialbudgets, sondern die Art und Weise, wie es finanziert wird. Trotz unterschiedlichster Ausprägung des Sozialstaats in den USA, Japan und den skandinavischen Ländern haben diese Staaten eines gemeinsam: Die Belastung des Faktors Arbeit ist deutlich geringer als hier zu Lande - mit beeindruckenden Erfolgen.

Heute weiß man eben: Wer die Betriebe zum Hauptverantwortlichen für das Soziale erklärt, erntet Massenarbeitslosigkeit. Wer diese Aufgabe der gesamten Gesellschaft überträgt, erzielt Resultate, die über jeden Zweifel erhaben sind.

Deutschland liegt mit Sozialabgaben, die in Höhe von gut 40 Prozent auf den Lohn aufgeschlagen werden, weltweit in der Spitzengruppe. In den USA, Großbritannien, Japan und Dänemark werden diese lohnbezogenen Sozialbeiträge nur zwischen etwa 11 und 20 Prozent erhoben.

Die Beschäftigungsquoten fallen in diesen Ländern hoch aus: 73 Prozent aller Erwerbsfähigen in den USA gehen regelmäßig arbeiten, 80 Prozent sind es in Dänemark, in Großbritannien sind 73 Prozent aller Erwachsenen als Beschäftigte registriert. Die deutsche Beschäftigungsquote liegt dagegen mit 66 Prozent am unteren Ende, was nach jahrelanger Aussteuerung von Menschen durch Umschulung und Vorruhestand kein Wunder ist.

Das für Deutsche vielfach verblüffende Ergebnis: Die Arbeitslosenquoten andernorts sind, obwohl so viele Menschen zusätzlich arbeiten, deutlich niedriger als in Deutschland. Die dänische Arbeitslosenquote liegt um knapp 50 Prozent unter unserer, die amerikanische um 33 Prozent, Großbritannien unterbietet um 41 Prozent, Irland um 50 und Japan um 37 Prozent die deutsche Vorgabe. Niedrigere lohnbezogene Sozialabgaben bringen also weltweit, absolut und relativ, eine hohe Beschäftigung zu Stande, was dem Innersten der Volkswirtschaften erkennbar gut tut.

Niemand denkt deshalb noch daran, das "Modell Deutschland" zu kopieren, weil es eben ein Auslaufmodell ist. Die Politik täte sich selbst den größten Gefallen, wenn sie das Repertoire gescheiterter Methoden endlich ad acta legen würde. Nur wer den Faktor Arbeit von den Fesseln der Sozialaufschläge befreit, verändert den Entwicklungspfad der Volkswirtschaft. Vorher wird auch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts nicht viel nützen.

Der Sozialstaat, das ist die Lektion, die es zu lernen gilt, hat auf dem Arbeitsmarkt nichts mehr zu suchen, er verdirbt nur alles - erst die Preise, dann die Arbeitsmoral, zuletzt die Jobs, die er schützen wollte.

Der Abschied vom Prinzip der Sozialversicherung hat daher längst begonnen, wenn auch heimlich. Die Rentenkasse speist sich bereits zu einem Drittel aus staatlichen Zuschüssen, nicht zuletzt aus der Ökosteuer. Diese Subventionen aus der Staats- in die Rentenkasse sind allein in der rot-grünen Regierungszeit von 51,3 Milliarden auf 77,3 Milliarden Euro gestiegen. Ohne diese Finanzspritze aus dem allgemeinen Steuertopf würde der Beitragssatz zur Rente heute schon um knapp 50 Prozent über dem liegen, was wir derzeit zahlen. Auch die Arbeitslosenversicherung wird mit Milliardentransfers aus dem Steuertopf subventioniert.

Entkoppeln von Arbeit und Sozialstaat heißt nicht, den Sozialstaat zu liquidieren. Es heißt auch nicht, ihn gering zu schätzen, es heißt nur eines - ihn anders zu organisieren, so dass er der Arbeit nicht das Leben schwer macht.

Wer die aktive Arbeit entlastet, muss auf der anderen Seite die geronnene Arbeit belasten, die wir gemeinhin Eigentum nennen. Das Eigentum ist ja keineswegs leblos, es erwirtschaftet ohne allzu großes Zutun seiner Besitzer Zinsen, Aktiengewinne, Mieten, Veräußerungserlöse und Leasingraten. Eigentum kann sich als ein Schloss, eine Firma, eine Villa, ein Wohnblock, ein Goldbarren zeigen - oder unsichtbar sein wie Aktien, Optionsscheine und Währungskonten. Es bleibt immer Eigentum, es schafft aus sich heraus neues Einkommen, von dem man leben, sparen oder eben Steuern zahlen kann.

Es gibt seit langem schon keine andere ökonomische Größe mehr, die derart kräftig wächst. Risikolose Vermögensbildung wird zunehmend selbstverständlich. Die durchschnittliche Erbschaft beträgt 150 000 Euro. Die Besteuerung der Erbschaften in den USA ist dreimal so hoch wie hier zu Lande.

Der deutsche Staat hat sich, als er aus Trümmern und Ruinen entstand, für die Besteuerung der menschlichen Arbeit entschlossen, weil es viel anderes zum Besteuern noch nicht gab. Heute ist das anders, ohne dass der Staat darauf reagiert hat. Das aber sollte er nun tun, will er den Niedergang der Erwerbsgesellschaft stoppen.

Dieser Paradigmenwechsel müsste weitere Veränderungen nach sich ziehen. So wie das Lohnbüro der Firmen heute die Lohn- und Einkommensteuer an den Staat überweist, müssten die Banken die Kapitalsteuer ebenfalls automatisch abziehen und transferieren. Sie sind das Lohnbüro der Vermögenden. Heute erkennt der Staat diese Klientel nur unscharf, wie hinter einer Milchglasscheibe. Das Bankgeheimnis, das sie schützt und der Gesellschaft schadet, müsste in seiner heutigen Form fallen. Alle Experten wissen das, sie schweigen aus Furcht vor öffentlicher Empörung. Dabei hat eine solche Verschiebung bei der Finanzierung der Staatstätigkeit nichts mit Klassenkampf zu tun - aber viel mit ökonomischer Vernunft.

Mit den alten Rezepten jedenfalls kann der Wiederaufstieg nicht gelingen. Beim Regierungsantritt der Rot-Grünen war das allen klar: "Wir brauchen einen Pragmatismus mit Visionen", hatte Schröder in Anlehnung an Tony Blairs "Think the Unthinkable" den Deutschen damals zugerufen.